

P R O T O K O L L
der 439. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 24. Oktober 2023
Zeit	19.30–22.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Künti Karin
Mitglieder	Arn Daniel, Arnold Luc, Bähler Simon, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Bircher Laura, Buff Ronald, Eugster Simon, Fankhauser Suzanne, Gantner Barbara, Gashi Hilmi, Grossen Gaby, Grossenbacher Franziska, Grütter K. Urs, Gubler Matthias, Häuselmann Bernhard, Held Lorenz, Jordi Kevin, Lauper Reto, Legler Bettina, Legler Vanessa, Lucas Christoph, Lütolf Roland, Meichtry Helena, Messerli Patricia, Schenk Johanna, Schmitter Beat, Schnyder Kathrin, Siebenrock-Häberli Charlotte, Spycher Christian, Stein Kaspar (ab 19.35 Uhr), Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zaccaria Angelo, Zloczower Emanuel
Stimmenzählende	Koelbing Martin, Mäder Renate (ab 19.35 Uhr)
Vertreter des Gemeinderats	Lack Stephan, Gemeindepräsident Bärtschi Markus, Grubwinkler Christa, Häusermann Martin, Klopstein Carole, Siegenthaler Muinde Gabriele, Wegmüller Beat
Sekretariat	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Balmer Sascha, Leiter Finanzen (Trakt. 3 und 4) Haldi Matthias, Leiter Raumplanung und Bauinspektorat (Trakt. 5) Marti Thomas, Leiter Umwelt und Verkehr (Trakt. 6)
Entschuldigt abwesend GGR:	Scherrer Annette
Protokoll	Schweizer Corinne

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 19. September 2023	628
2.	Ersatzwahlen	628
	A) Geschäftsprüfungskommission	
	B) Kommission für Abstimmungen und Wahlen	
	C) Kulturkommission	
3.	Finanzen	629
	A) Genehmigung des Investitionsplans 2023–2028	
	B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrgeldersatzabgabe für das Jahr 2024	
	C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2023 – 2028 (Variante A oder B)	
4.	Stand der Investitionsrechnung 2023 per 30. September 2023 (Realisierungsgrad)	640
5.	Zentrumsentwicklung Muri (ZEM), Gebiet Thunstrasse «Fünf-Egg»: Masterplan 2023 und Zone mit Planungspflicht (Entwurf)	640
6.	Beethovenstrasse Ausführungskredit: Entflechtung öffentliche Beleuchtung, Sanierung Strasse	646
7.	Sanierung Gebäudehüllen Aula und Turnhalle Aebnit und Installation PV-Anlage, Aebnitstrasse 17 und 21, Muri bei Bern; Abrechnung Verpflichtungskredit	647
8.	Motion forum: Beschaffung von «Smiley»-Geschwindigkeitsanzeigen	648
9.	Motion forum: Einsetzung einer Digitalkommission	649
10.	Interpellation forum: Einstiegsstellen für Aare-Schwimmer	651
11.	Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Altersfragen (mündliche Beantwortung)	652
12.	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	653
13.	Neue parlamentarische Vorstösse	654

Die Vorsitzende: Ich begrüsse Euch zu unserer Oktobersitzung, der 439. Sitzung des Grossen Gemeinderats (GGR) von Muri-Gümligen. Es sind aktuell 38 Ratsmitglieder anwesend; wir sind somit beschlussfähig. Seitens der Verwaltung sind zur Auskunftserteilung anwesend: Zu den Traktanden 3 und 4 Sascha Balmer, Leiter Finanzen; zu Traktandum 5 Matthias Haldi, Leiter Raumplanung und Bauinspektorat; zu Traktandum 6 Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr. Bevor wir zur Behandlung der Geschäfte kommen, möchte ich, auch mit dem Risiko, dass man es falsch verstehen könnte, doch noch etwas zu den Ereignissen der letzten Wochen sagen.

Es sind mehr als zwei Wochen vergangen seit dem Überfall der Hamas auf Israel, seit den damit verbundenen Massakern und Verschleppungen. Wir alle wissen, dass der Nahostkonflikt komplex ist und das Leiden auf allen Seiten tief. Und doch gibt es da gar nichts zu relativieren. Der Terror der Hamas und ganz besonders die heimtückischen Angriffe auf Israel am 7. Oktober sind absolut verabscheuungswürdig, und ich teile das Entsetzen, die Trauer und die Sorgen der Angehörigen der Opfer und der israelischen Bevölkerung. Was mich zusätzlich entsetzt, sind die Folgen des Angriffs. Die Hamas hat Israel einen Krieg aufgezwungen, und Krieg ist grundsätzlich immer fürchterlich, für alle Seiten. Und dann kommt dieser Krieg auch zu uns, mitten in unsere Gesellschaft, durch Social Media, durch Fake News, durch Stimmungsmache. Das ist ein Ziel von Terrorismus: die Polarisierung und die Schwächung der Meinungsfreiheit, das Verbreiten von Angst und Hass und aktuell der Aufruf zu und die Zunahme von antisemitischer Hetze gegen Jüdinnen und Juden weltweit und auch hier in der Schweiz.

Das dürfen wir als Einwohnerinnen eines Landes, das Menschenrechte und Diskriminierungsschutz gross schreibt, nicht zulassen, nie mehr wieder! Dafür erhebe ich deshalb heute meine Stimme: Dass wir dem Antisemitismus entgegentreten, dass wir Falschinformationen die Stirn bieten und uns für eine Gesellschaft einsetzen, in der sich Jüdinnen und Juden, in der wir alle und besonders Andersdenkende und Andersgläubige sicher und frei fühlen können. Ich zitiere zum Schluss dazu Ralph Lewin vom Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund: «Je mehr Juden Hass zunimmt, desto mehr sind die Demokratie und die Menschenrechte überhaupt in Gefahr – zuerst für andere Minderheiten, dann für alle Menschen.» Ich danke Euch für Eure Aufmerksamkeit. Nun kommen wir zur Behandlung der Geschäfte.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Die Vorsitzende: Mein Ziel für die heutige Sitzung ist, dass wir ohne Pause bis zum bitteren Ende durchberaten. Beim Eingang hat es Wasser und Getreideriegel zur Stärkung.

1. **Protokoll der Sitzung vom 19. September 2023**

Die Vorsitzende: Gibt es Bemerkungen zum Inhalt des Protokolls oder Anträge auf Abänderungen?

Charlotte Siebenrock-Häberli: Es ist nur ein kleines Detail. Bei der Aufzählung meiner Beispiele bezüglich künftiger Strassennamen habe ich auf S. 617 die Namen anwesender Frauen verwendet. Im Protokoll steht der «Ka Pulfer»-Platz. Ich meinte die Gemeindeschreiberin, K. Pulfer. Das kleine A ist durch einen Punkt zu ersetzen.

Beschluss

Das Protokoll wird mit der Korrektur von Charlotte Siebenrock-Häberli einstimmig genehmigt.

2. **Ersatzwahlen**

A) Geschäftsprüfungskommission

B) Kommission für Abstimmungen und Wahlen

C) Kulturkommission

A) Geschäftsprüfungskommission

Die SP Muri-Gümligen schlägt anstelle der per 31. Oktober 2023 zurücktretenden Suzanne Fankhauser für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, als Mitglied und für den Rest des laufenden Jahres, das heisst bis 31. Dezember 2023, als Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission vor:

Arnold Luc, Leiter Finanzen
Tannackerstrasse 22a
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, und als Vizepräsident für den Rest des laufenden Jahres, das heisst bis 31. Dezember 2023, wird einstimmig (beziehungsweise mit 1 Enthaltung) gewählt:

Luc Arnold, 3073 Gümligen, SP

B) Kommission für Abstimmungen und Wahlen

Die SP Muri-Gümligen schlägt anstelle des infolge Wegzugs aus der Gemeinde per 31. Oktober 2023 zurücktretenden Andreas Kohler für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen vor:

Galliker Jana Lou, Studentin
Aebnitstrasse 28
3074 Muri bei Bern

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Kommission für Abstimmungen und Wahlen wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, einstimmig gewählt:

Jana Lou Galliker, 3074 Muri bei Bern, SP

C) Kulturkommission

Die SVP Muri-Gümligen schlägt anstelle der per 31. Dezember 2023 zurücktretenden Amelia Herren für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, als Mitglied der Kulturkommission vor:

Grütter K. Urs, Rechtsanwalt, dipl. Steuerexperte
Mattenstrasse 19a
3073 Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Als Mitglied der Kulturkommission wird für den Rest der laufenden Amtsdauer, das heisst bis 31. Dezember 2024, einstimmig (beziehungsweise mit 1 Enthaltung) gewählt:

K. Urs Grütter, 3073 Gümligen, SVP

3. Finanzen

A) Genehmigung des Investitionsplans 2023–2028

B) Genehmigung des Budgets, der ordentlichen Gemeindesteueranlage, der Liegenschaftssteuer und der Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2024

C) Kenntnisnahme des Finanzplans 2023–2028 (Variante A oder B)

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen Euch schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Finanzverwalter Sascha Balmer anwesend. Ich weise auf die Informationsveranstaltung vom 17. Oktober hin, an der zwölf Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend waren.

Eintreten auf das Budget ist gemäss Art. 26 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Muri bei Bern obligatorisch.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Separate Beratung und Beschlussfassung der einzelnen Teilgeschäfte A), B) mit Beratung des Antrags FDP, C). Kenntnisnahme von Variante A, B, allenfalls C des Finanzplans.

Das Vorgehen wird nicht bestritten.

A) Genehmigung des Investitionsplans 2023–2028

Bernhard Häuselmann (GPK): Karin hat gesagt, wie wir vorgehen wollen. Die GPK äussert sich nur einmal zum ganzen Block Finanzen, der sich aus den drei von ihr genannten Teilen zusammensetzt. Wie sie auch schon gesagt hat – sie hat mein halbes Votum schon vorweggenommen –, dass wir die Unterlagen zwar wie immer prüfen, aber sich die Eintretensfrage diesmal nicht stellt, da wir das sowieso zwingend besprechen müssen. Wir haben mit Sascha Balmer alle Unterlagen durchbesprochen und alles geprüft und gingen dann vor allem beim Budget in die Tiefe. Denn wir wollten prüfen, ob und wie es mit den vom GR vorgeschlagenen Varianten im Zusammenhang mit der Senkung der Liegenschaftssteuer geht. Die gute Botschaft: Mit Hilfe von Ueli Friederich, der unser juristischer Beistand ist, und schlussendlich auch dem kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR), das sich ebenfalls dazu geäußert hat, konnten wir definitiv feststellen, dass der Vorschlag mit den Varianten möglich ist. Das ist rechtlich zulässig, es ist also alles okay.

Weiter haben wir festgestellt, dass wir seit August in eine etwas komplizierte Situation geraten sind und das Risiko steigt, ohne gültiges Budget ins Jahr 2024 zu starten. Wir haben deshalb ausgangs GPK-Sitzung mit Gemeindepräsident Stephan Lack abgemacht, dass er nach meinem Votum und vor weiteren der Behandlung des Geschäfts präzise erläutert, wie es zu diesem Problem kam und welche Optionen es gibt, um uns wieder aus dieser Situation heraus zu manövrieren. In dem Sinn: Merci, Stephan, für Dein Votum.

Die Vorsitzende: Das heisst, dass ich dir, Stephan, gleich das Wort übergeben darf.

Stephan Lack (GR): Es ist etwas speziell. Ich rede noch nicht zum Investitionsplan. Ich rede jetzt zur allgemeinen Lage. Es ist leicht aussergewöhnlich, dass wir mit einer Variante kommen. Es kam dazu, weil es, wie sich die meisten oder fast alle von Euch erinnern können, im August eine Abstimmung über eine Motion FDP/SVP gab. Bekanntlich ging es darum, dass man bei der Liegenschaftssteuer aufgrund der Anpassungen bei den amtlichen Werten eine sogenannte kalte Progression ausgleicht und die Liegenschaftssteuer von 0,7 Promille auf 0,4 Promille senkt. Das macht plus/minus ungefähr CHF 1,6 Mio. aus. Der Antrag kam im August bekanntlich durch. Der GR hat das, was beschlossen wurde, selbstverständlich ins Budget eingebaut. Dazu muss man sagen, dass bei der Diskussion im August 2023 noch keine Budgetzahlen vorlagen. Man hat einfach über den Antrag zur Liegenschaftssteuer gesprochen. Das darf man wohl schon sagen.

Der GR hat das Budget auf derselben Basis wie immer gemacht, auch über die Finanzkommission. Die einzelnen Mitglieder der Finanzkommission waren in den Ressorts. Man hat es seriös gemacht, wie immer. Es wurde von Sascha Balmer und seinem Team auch sehr professionell aufbereitet. Was kam dabei heraus? Es gab letztendlich, wie Ihr seht, ein Budget mit einem Defizit von CHF 3,7 Mio. im Gesamthaushalt. Das wäre an sich für ein Jahr noch verdaulich. Wir haben bekanntlich gewisse finanzpolitische Reserven von rund 10 Steueranlagezehntel. Das macht fast CHF 40 Mio. aus. Dieses Geld ist aber nicht einfach flüssig. Es ist aber eine Reserve, die wir in den letzten zehn Jahren durch Überschüsse bei den Steuern angehäuft haben. Voilà.

Der GR hat aber etwas weiter vorausgeschaut. Er hatte in der Zwischenzeit natürlich die Details zum Budget. Der Investitionsplan liegt vor, dann aber auch die Auswirkungen auf den Finanzplan 2023–2028. Der GR hat gesagt, er könne nicht verantworten, mit einem zusätzlichen Minus von CHF 1,6 Mio. und insgesamt eben CHF 3,6 Mio. in den GGR zu gehen und es hier so abzuschliessen. Es gäbe dann vielleicht auch noch das Risiko, dass es plötzlich so vors Volk ginge. Der GR kam zum Schluss, und zwar in der vollen Wahrnehmung seiner Verantwortung – wir haben das als Pflicht und Schuldigkeit angesehen –, dass die Gemeinde auch in

weiser finanzpolitischer Sicht geführt wird und letztendlich die Schulden, die wir äufnen, in den nächsten Jahren nicht zusätzlich durch negative Budgets beziehungsweise negative Resultate aus dem Ergebnis belastet werden. Aufgrund dessen hat der GR beschlossen, dass er, wie ich vorhin gesagt habe, Euch einerseits das durchgerechnete Budget Variante A präsentiert, dies eben auf der Basis einer Liegenschaftssteuer von 0,4 Promille, was minus CHF 3,7 Mio. geben würde. Der GR hat aber gesagt, und das ist tatsächlich etwas unüblich, er wolle, und das darf der GR, dem GGR noch ein zweites Budget vorlegen, und zwar auf Grundlage der jetzigen Liegenschaftssteuer von 0,7 Promille. Die Differenz wäre dann eben CHF 1,6 Mio. Das ergibt insgesamt zirka ein Minus von CHF 2,1 Mio. bis CHF 2,2 Mio. Der GR denkt, dass man damit gut fahren kann, auch für die nächsten Jahre. Man muss ja bekanntlich davon ausgehen, dass diese Liegenschaftssteuer weitergetragen wird.

Was, wie die meisten von Euch wohl wissen, ist es: Sobald wir an der Steueranlage rumschrauben, sei das bei den natürlichen Personen, bei denen der Satz momentan bei 1,14 Einheitssätzen liegt, sei das bei den juristischen Personen, bei denen es momentan 1,14 Einheitssätzen sind, oder seien es eben die Liegenschaftssteuern, dann müssen wir vors Volk. Ob es 0,4 Promille, 0,6 Promille oder 0,5 Promille sind – dann müssen wir vors Volk. Das ist die jetzige Situation. Wir sind im GR überzeugt, dass es eine gute Lösung ist. Wir geben Euch das durchgerechnet zurück in den GGR. Ihr könnt jetzt entscheiden, was Ihr dann auch wollt. Der GR ist natürlich, damit schaffe ich wohl keine grossen Überraschungen, immer noch klar dafür, dass man die Liegenschaftssteuer auf 0,7 Promille behält. Dies nicht zuletzt mit dem Nebeneffekt, dass man das Budget heute Abend abgeschlossen hätte. Wenn es in Ordnung für dich ist, Karin, spreche ich nun noch zur Investitionsplanung. – Das scheint der Fall zu sein.

Dann komme ich zu Traktandum 3A, der Genehmigung des Investitionsplans 2023–2028. Das sind nun eben alles Dinge, die auch in dieses Budget und in die Aussicht, wie diese Gemeinde finanzpolitisch vorwärtsgeht, einfliessen. Der vorliegende Investitionsplan zeigt auf, was wir eigentlich alle schon lange wissen: In den kommenden Jahren haben wir sehr grosse Investitionen. Zu erwähnen ist, das wissen wir schon, das Gemeindehaus. Diese Vorlage war bereits hier im GGR, und sie beginnen bald damit, wir sind gerade dabei umzuziehen. Zu erwähnen ist die Schulanlage Melchenbühl. Sie war hier im GGR und kommt in die Volksabstimmung. Dann Horbern, das in Vorbereitung ist. Weiter das Provisorium für die Containerschule sowie die LED-Leuchtmittel für die Schulliegenschaften und die öffentliche Beleuchtung. Es sind nur ein paar Dinge, die ich erwähne. Ihr wisst es, Ihr habt es wahrscheinlich geprüft: Wir haben viel vor uns.

Die wichtigsten Abweichungen seht Ihr übrigens auf S. 3. Es ist eben jeweils so: Die detaillierten Projektbearbeitungen zeigen manchmal auf, dass die Projekte leider – in Anführungszeichen – höher veranschlagt werden müssen als vielleicht einmal ursprünglich mit der ersten Zahl geplant war. Gründe sind oft auch energetische Massnahmen, aber auch, ich muss es so sagen, allgemeine Kostensteigerungen. Einige Projekte werden ja bekanntlich noch in den GGR kommen. Die grossen «Tütschi» kommen alle zu Euch, dazu könnt Ihr dann im Detail Stellung nehmen. Die geplanten Investitionen der nächsten sechs Jahre sind mit einem Schnitt von CHF 13 Mio. für unsere Verhältnisse relativ hoch. Wenn wir jetzt aber diese Investitionen etwas glätten, sagen wir über die letzten Jahre, ab dem Jahr 2013, gibt das über die letzten 16 Jahre wieder einen vernünftigen Schnitt. Also, wenn man die letzten 16 Jahre seit dem Jahr 2013 anschaut, ergibt das einen Schnitt von CHF 8 Mio. Dann muss man sagen, dass das für eine Gemeinde mit der Grösse von Muri, mit dem Steuersubstrat von Muri, vernünftig ist. Sascha hat sich die Mühe gemacht, mir noch etwas zu helfen und ein paar Investitionspläne von anderen Gemeinden, die vielleicht mit Muri bei Bern vergleichbar sind, anzuschauen. In den Jahren 2022–2027 hat Zollikofen einen Investitionsdurchschnitt von CHF 6,8 Mio., Belp von CHF 7,2 Mio., Worb von CHF 8,4 Mio. Bei Münchenbuchsee sind es im

Schnitt CHF 12,3 Mio., bei Münsingen CHF 12,7 Mio. und bei Ittigen CHF 19,6 Mio. Wir sind nicht völlig «out of space». Ich denke, sehr viele Gemeinden, insbesondere auch Nachbargemeinden, haben ähnliche Probleme wie Muri bei Bern. Es gibt einfach sehr viele Objekte, die gemacht werden müssen. Allgemein sieht der Finanzplan vor, dass die geplanten Investitionen tragbar sind. Allerdings, und das hören wir auch nicht zum ersten Mal, eben mit einem deutlichen Anstieg der Schulden. Der GR ist aber überzeugt, dass sich unsere Gemeinde die geplanten Investitionen leisten muss. Wir bitten Euch deshalb, diesem Antrag zuzustimmen.

Fraktionserklärungen

Emanuel Zloczower (FDP): Vorweg Merci, Karin, für Deine schönen und klaren Worte zu Beginn.

Ich werde auch gleich, wie meine Vorredner, zu beiden Themen Stellung nehmen. Das eine ist sehr kurz: Den Investitionsplan genehmigen wir so.

Vorab danke ich der Verwaltung im Namen der Fraktion für die Aufarbeitung dieser Finanzunterlagen. Wie bereits mitgeteilt wurde, stellt die Fraktion FDP. Die Liberalen den Antrag, das Budget 2024 und den Finanzplan 2023–2028 mit einer Liegenschaftssteuer von 0,6 Promille der amtlichen Werte zu genehmigen und anzunehmen. Was hat uns dazu bewogen, heute hier nun eine Variante C vorzulegen? Ich muss gestehen, dass die FDP mit Befremden festgestellt hat, dass der GR einen Entscheid des GGR vom 22. August 2023 ignoriert und uns heute eine Variante B vorgelegt hat. Durch die Vorlage von zwei Budgetvarianten wurde nun versucht, die Aufträge, die wir, die Parlamentarier, der Exekutive gaben, durch die Hintertüre zu umgehen. Die Erlaubnis zu diesem Vorgehen soll zudem uns, den Auftraggeber, das Parlament – ich gebe zu, es war eine knappe Abstimmung, aber es war eine Abstimmung – dazu bewegen, die Liegenschaftssteuer jetzt so wieder zu erhöhen und die Zustimmung zu diesem Vorgehen, das ich eigentlich nicht gutheisse, trotzdem zu erteilen.

Dieses Vorgehen entspricht nicht unserer Vorstellung einer verlässlichen und sorgfältigen Praxis. Trotzdem haben wir diese Varianten selbstverständlich eingehend geprüft und uns damit auseinandergesetzt und uns ebenfalls noch einmal mit unserer Motion befasst. Das Ziel dieser Motion war, die kalte Progression aufgrund einer allgemeinen Neubewertung der Liegenschaften und damit logischerweise einer Erhöhung des Liegenschaftspreises auszugleichen. Die Liegenschaftsbesitzer werden durch die Erhöhung der Liegenschaftswerte zusätzlich gestraft und zur Kasse gebeten. Als wir die Motion mit der SVP ausformuliert und einen Steuersatz von 0,4 Promille berechnet haben, lagen uns noch nicht alle Berechnungsgrundlagen vor. Wir kannten sie nicht und mussten Annahmen treffen. Deshalb kamen wir auf diese 0,4 Promille. Wir haben dann, als wir die Zahlen erhielten, realisiert, dass durch diese 0,4 Promille nicht nur die kalte Progression ausgeglichen wird, sondern die Liegenschaftsbesitzer sogar bessergestellt worden wären als vor der Erhöhung der Liegenschaftswerte. Die Gemeinde hätte dadurch auch niedrigere Steuererträge erzielt als vorher. Mit dem Ziel unserer Motion sollte der Ausgleich der kalten Progression gebrochen werden.

Deshalb, damit wir nun wirklich nur diese Progression ausgleichen können, haben wir Euch Variante C des Budgets unterbreitet und bitten Euch, sie anzunehmen. Mit Variante C würde der Liegenschaftsertrag für die Gemeinde in etwa gleich hoch ausfallen. Die Liegenschaftsbesitzer würden dadurch in etwa gleich belastet wie früher. Um die ganze Angelegenheit nicht zu verkomplizieren, haben wir bei unserer Berechnung verzichtet zu schauen, zu welcher höheren Belastung bei der Vermögenssteuer das nun führt. Denn die Vermögenssteuer fällt dadurch, dass die Liegenschaften höher bewertet werden, ja auch höher an. Aufgrund der nun aber vorliegenden Zahlen schlagen wir Euch vor, uns auf 0,6 Promille zu einigen. Dies als Kompromiss, damit wir wirklich auch zeigen können, dass wir lösungsorientiert

sind, damit wir nur die teilweise Progression ausgleichen und niemanden besserstellen. So können wir das Versprechen, das wir am 22. August 2023 abgegeben haben, einhalten. Somit habe ich geschlossen, und ich danke Euch für die Unterstützung unseres Antrags. Besten Dank.

Die Vorsitzende: Es folgen weitere Fraktionserklärungen. Ich bitte Euch, die Diskussion zur Liegenschaftssteuer wirklich nachher unter Traktandum 3B zu führen, so, wie wir vorhin abgemacht haben.

Walter Thut (forum): Das forum genehmigt den Investitionsplan 2023–2028, allerdings nur mit Variante B. Wir sehen das Problem nicht, dass der GR keine Variante B vorschlagen könnte. Wir genehmigen ihn nur unter dem Vorbehalt, dass es Variante B ist. Weitere Ausführungen mache ich gerne in einem zweiten Votum.

Hilmi Gashi (Grüne): Liebe Karin, du hast gesagt, wir sollen nur in Bezug auf den Investitionsplan sprechen und nicht auch noch zur ganzen Steuervorlage. Nicht wahr? – Gut, dann spare ich mir meine Rede für später. Wir Grünen stimmen dem Investitionsplan zu. Die Ausführungen von Stephan haben eindeutig gezeigt, dass die lange aufgeschobenen und nicht mehr aufzuschiebenden Sanierungen vor allem in der Kategorie Zwangsbedarf zu finden sind. Wir schulden es unseren Kindern, dass sie in zeitgemässen Räumen lernen können. Wir alle sagen, dass Bildung unsere wichtigste Ressource ist. Wir haben relativ lange gespart, und jetzt ist Zeit zu investieren. Wir stimmen dem Investitionsplan zu. Wir haben gesehen, dass auch die Bevölkerung bereit ist, solche grossen «Tütschi» zu tragen. Denn es ist eine Investition in die Infrastruktur, die allen zugutekommt. In diesem Sinn kürze ich nun meine lange Rede. Die längere kommt bei der Budgetberatung und der Diskussion zur Liegenschaftssteuer. Merci vielmals für die seriöse Vorbereitung der Unterlagen an Sascha Balmer und die Verwaltung.

Luc Arnold (SP): Wir danken vorab dem GR und Sascha Balmer und seinem Team für die Aufbereitung der Unterlagen. Sie sind sorgfältig und für die heutige Diskussion und spätere Entscheidungsfindung sehr gut. Der Investitionsplan zeigt eindrückliche Zahlen auf. Es sind über CHF 80 Mio., die wir in den nächsten Jahren bis zum Jahr 2028 investieren werden. Es sind Investitionen, welche sich über viele Jahre aufgestaut haben und bewusst oder auch nicht bewusst verzögert wurden. Klar ist, dass die Investitionen dringend sind, um sicherzustellen, dass Muri-Gümligen auch weiterhin eine attraktive Gemeinde bleibt. Die Attraktivität einer Gemeinde zeichnet sich nämlich nicht nur durch tiefe Steuern aus, so, wie ein Teil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier hier vielleicht meinen. Ein attraktives Ortsbild, gute Infrastrukturen, Schulen und Freizeitangebote, das sind alles wichtige Punkte für ein gutes Image einer Gemeinde. Das sind Punkte, die auch ein Preischild haben und Kosten verursachen. Es sind aber Ausgaben, die sinnvoll sind und im Sinn von Muri-Gümligen erfolgen können. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion den Investitionsplan genehmigen. Zum Budget und zum Finanzplan spreche ich später.

K. Urs Grütter (SVP): Vorab besten Dank an die Präsidentin für die klaren Worte am Anfang. Es ist manchmal wirklich nötig, dass man sich etwas in diese Richtung überlegt, und ich würde jedes Wort davon unterschreiben, was ich bei anderen Voten eher nicht sagen könnte. Merci vielmals.

Jetzt zum Geschäft: Wir unterstützen die Anträge der FDP vollumfänglich, ausdrücklich nur die Anträge. Bei der Begründung hätte ich etwas mehr Mühe. Aber diese Ausführungen brauchen wir eigentlich nicht zu machen. 0,6 Promille sind heute offenbar mehrheitsfähig, 0,4 Promille nicht. Okay, dann ist der Fall für uns klar. Motto: Lieber die Mücke zwischen den Fingerspitzen als den Spatz auf dem Dach, und von der Taube wollen wir gar nicht sprechen.

Martin Koelbing (forum): Die FPD respektive Manuel Zloczower tadeln den GR. Dem GR gebührt aber im Gegenteil Dank. Denn seit Montesquieu muss die Gewaltenteilung zwischen der Legislative und der Exekutive genau so spielen. Der grosse Gemeinderat muss den kleinen Gemeinderat kontrollieren. Aber der kleine Gemeinderat muss auch den grossen Gemeinderat kontrollieren. Wir erwarten vom kleinen Gemeinderat, dass er es vertieft prüft, wenn wir etwas beschliessen, und uns die Folgen vorlegt. Denn Verantwortung heisst eben auch, Verantwortung für die Folgen zu übernehmen und nicht einfach zu sagen: Wir springen einmal rein und schauen mal, was dann geschieht. Wenn ich Dich, Emanuel, auf eine Tour über den Mittellegigrat auf den Eiger einladen würde, Du Ja sagen würdest und wir das heute mit Handschlag bekräftigen würden, aber wenn wir dann gehen und einer von uns sagt: «Jetzt hat es oben Eis», dann ist es die Verantwortung, den Entscheid zu ändern. Das hat die FDP selbst bewiesen, indem sie in der Begründung für ihre Variante C ja gleich sagt, sie habe gewisse Dinge noch nicht gewusst, die sie erst durch den kleinen Gemeinderat erfahren habe. Genau das ist Demokratie.

Detailberatung Investitionsplan 2023–2028

Vorbericht

Keine Bemerkungen

Kapitel 0 Allgemeine Verwaltung

Keine Bemerkungen

Kapitel 1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Bildung

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Kultur, Sport und Freizeit

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Soziale Sicherheit

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Verkehr

Keine Bemerkungen

Kapitel 7 Umweltschutz und Raumordnung

Keine Bemerkungen

Kapitel 8 Energie (Ergänzung)

-

Bernhard Häuselmann (GPK) und Stephan Lack (GR) verzichten auf das Wort. Kein Rückkommen.

Für die Zustimmung ist gemäss Art. 37 Abs. 3 Bst. c der Gemeindeordnung eine Mehrheit des Rats (21 Mitglieder) erforderlich.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Genehmigung des Investitionsplans 2023–2028.

B) Budget, ordentliche Gemeindesteueranlage, Liegenschaftssteuer und Feuerwehrpflichtersatzabgabe für das Jahr 2024

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: 1. Beratung der Varianten A und B des GR zur Liegenschaftssteuer mit Voten GPK und GR, Fraktionserklärungen und Detailberatung, danach Zwischenabstimmung, auch zu allfälligen Abänderungsanträgen. 2. Beratung der weiteren Kapitel des Budgets und Beschlussfassung der zuvor genehmigten Variante.

Bernhard Häuselmann (GPK) und Stephan Lack (GR) verzichten auf das Wort.

Fraktionserklärungen

Walter Thut (forum): Den Investitionsplan können wir bereits abhaken. Den Finanzplan nehmen wir ebenfalls zur Kenntnis. Nun ein paar Worte zum Budget 2024 im Namen des forums. Wir wissen natürlich um die Motion der Bürgerlichen betreffend Senkung der Liegenschaftssteuer auf 0,4 Promille des amtlichen Werts und um die Überweisung mit 19 zu 17 Stimmen im August. Das ist nicht lange her, und doch ist die Welt schon eine andere, dünkt einen. Schon vor zwei Monaten konnte man sehen, dass jetzt nicht die Zeit für Steuersenkungen in Muri ist. Nach der Konsultation des Finanzplans und ein paar Überlegungen zum Haushalt der Gemeinde mutet diese Steuersenkung jetzt doch etwas realitätsfremd an. Es wurden vorhin grössere Beträge genannt, und das ist ja auch noch gar nicht alles. Ein Nicht-Berücksichtigen oder Nicht-zur-Kennntnis-Nehmen der finanziellen Situation, der Verpflichtung und der Verpflichtungen der Gemeinde, das wäre doch etwas böse. Wer so etwas fordert, der verrennt sich doch ein wenig, gerät gar in den Verruf, populistisch zu sein. Und zwar heisst ja populistisch, die Gunst der Massen zu gewinnen. Das macht man, glaube ich, mit der hier diskutierten Steuersenkung nicht. Mit dieser Vorlage verschafft man zwar den Privilegierteren Vorteile, verschweigt aber, dass allenfalls eine Steuererhöhung später doch noch kommt. Mit einer Senkung der Liegenschaftssteuer auf 0,4 Promille, davon ging ich aus, als ich mein Votum formuliert habe, aber auch auf 0,6 Promille sind wir nicht einverstanden. Diese Steuersenkung ist eine Forderung zur unpassenden Zeit. Wir stecken mitten in einer Teuerungswelle mit Auswirkungen auf viele von uns, auch auf die Gemeinde. Denken wir an die steigenden Personalkosten, weil der Teuerungsausgleich sein muss, und an die steigenden Energiepreise, um die wir alle nicht herumkommen, und an steigende Zinsen für Kapitalien. Das macht schnell einmal einen grösseren Betrag aus. Wenn ich mich richtig erinnere, hat der Finanzverwalter von 2,5 Prozent Kosten für neues Geld gesprochen, und das ist sofort ein grösserer Betrag. Zum jetzigen Zeitpunkt eine Steuersenkung zu fordern, zeugt doch etwas von mangelnder Verantwortung, wenn ich mir erlauben darf, das so zu sagen. Der GR gibt hier zu Recht Gegensteuer, nimmt seine Verantwortung wahr und legt mit Variante B eine unveränderte Steueranlage für die Liegenschaftssteuer vor. Die Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer in Muri sind nicht zu bedauern, auch wenn sie mit der Neubewertung mehr Steuern bezahlen müssen, weil der amtliche Wert ihrer Liegenschaft gestiegen ist. Der Verkehrswert der Liegenschaft oder der Liegenschaften ist ja auch gestiegen, und mit nur 70 Prozent des Verkehrswerts der Liegenschaft als amtlichem Wert sind die Liegenschaftsbesitzer doch immer noch pfleglich behandelt. Ich bin selbst mit dabei, und es ist verkräftbar, auch bei grösseren Beträgen.

Auch der kantonale Steuervogt hat mit der Neubewertung nach 20 Jahren nur Steuergerechtigkeit wiederherstellen wollen, und es ist notabene ein bürgerliches Parlament, welches das beschlossen hat. Von dem her ist es für uns wohl vertretbar, wenn wir beim Alten bleiben. Dies mit Blick auf die anstehenden Investitionen, auf beschlossene oder schon bald anstehende. Aber es gibt auch

solche, über die wir noch nicht einmal gesprochen haben. Da scheint dem Forum doch jede Minderung der Steuereinnahmen unvernünftig. Ja, es ist eigentlich ein wenig eine Zwängerei. Die finanzielle Situation für die Gemeinde ist nicht bedrohlich. Ich habe gemeint vom Finanzverwalter auch gehört zu haben, dass die Gemeinde Muri nicht als gefährlich exponiert dasteht. Aber wir hier sehen es vielleicht etwas anders, weil wir gerne gut rechnen. Also, die finanzielle Situation ist nicht bedrohlich, aber wir sollten ihr doch mit Respekt vor allfälligen Schwierigkeiten begegnen. Ein Schuldenabbau hat in den vergangenen Jahren nie Gehör gefunden. Gemeindeliegenschaften liessen wir in die Jahre kommen, ohne sie übermässig gut zu pflegen. Der Optimismus von früher holt uns nun etwas ein.

Jetzt, wo alles teurer ist, wo Geld wieder etwas kostet, ist nicht Zeit, so scheint uns, die Steueranlage zu senken. Auch nicht, wenn es in einem sehr kleinen Bereich ist, es sind 0,1 Promille. Das ist ein sehr kleiner Bereich. Wenn Ihr keine Schlösser oder halbe Quartiere mit Wohnliegenschaften besitzt, spürt Ihr das kaum. Jetzt ist nicht die Zeit, auch wenn es kleine Beträge sind. Denn es läppert sich – entschuldigt den Ausdruck – doch etwas zusammen. Der Betrag wurde uns genannt. Es ist ein kleinerer Millionenbetrag, auf den wir doch nicht verzichten möchten. Ein Budget mit einer Steuersenkung birgt auch das Risiko, dass es von der abstimmenden Bevölkerung abgelehnt werden könnte, und dann stehen wir so blamiert da wie die Könizer. Das ist noch nicht so lange her. Das möchten wir eigentlich auch nicht. Das Forum kann deshalb das Budget 2024 mit einem Ausgabenüberschuss annehmen, aber nur mit einem unveränderten Liegenschaftssteuersatz von 0,7 Promille. Ich habe geschlossen.

Luc Arnold (SP): Ich habe vorhin von sinnvollen Ausgaben gesprochen. Mit einem Blick auf das Budget und den Finanzplan sind wir aber schnell bei weniger sinnvollen Ausgaben. Ich nehme es vorweg: Die SP wird dem Budget in Variante B, also ohne Änderung der Steuersätze, zustimmen. Jegliche Varianten mit Steuersenkungen werden wir ablehnen, seien es 0,4 Promille, 0,6 Promille oder was auch immer. Ich möchte festhalten, dass wir ohne Steuersenkung ein Budget haben, das mit CHF 2,1 Mio. im Minus abschliesst. Der Finanzplan bis ins Jahr 2028 sieht auch nicht gerade rosig aus. Die Verschuldung wird von CHF 39 Mio. auf CHF 82 Mio. steigen, bei einer Senkung der Liegenschaftssteuern sogar auf CHF 91 Mio. Diese Schulden sind langfristiges Fremdkapital. Fremdkapital kostet bekanntlich. Alleine die Differenz von CHF 82 Mio. auf CHF 91 Mio., das sind CHF 9 Mio. mehr Fremdkapital, würde die Gemeinde jährlich rund CHF 230'000 kosten. Das sind Kosten, die aufgrund von Steuergeschenken zur Unzeit und für einen privilegierten Kreis von Eigenheimbesitzern entstehen.

Es ist jetzt Zeit, Verantwortung zu übernehmen, also die Steuern nicht zu senken, und dafür zu sorgen, dass die Nettoschuld je Einwohner nicht unnötig hoch ansteigt. Ich möchte an dieser Stelle auch noch an das Legislaturziel erinnern: «Die Gemeinde setzt eine nachhaltige Finanzpolitik [...] um», mit einer Nettoschuld nicht über CHF 0 und einem Zinsbelastungsanteil unter 0,8 Prozent. Arbeiten wir also auf dieses Ziel hin und vertagen wir die unnötige Diskussion über Steuersenkungen. Zusammengefasst wird die SP-Fraktion dem Budget in Variante B, also mit unveränderten Steuersätzen, zustimmen. Falls eine Variante A oder C durchgewinkt wird, sähe sich die SP gezwungen, das Budget abzulehnen.

Hilmi Gashi (Grüne): Von meiner Seite ebenfalls vielen Dank für Dein klares Votum zu Beginn der Sitzung, Karin. Das waren wichtige und weise Worte zur richtigen Zeit.

Ich sage es vorweg: Wir, die Grünen, werden der Variante B des GR zustimmen. Wir finden, es wäre verantwortungslos, angesichts der Investitionen, über die wir vorhin gesprochen haben, der laufenden Ausgaben, die wir als Gemeinde täglich tätigen müssen, und der Projekte, die wir stemmen müssen, das Defizit um beinahe CHF 1,58 Millionen zu erhöhen. Hier macht der GR seine Arbeit und übernimmt

Verantwortung. Dafür danken wir ihm. Das muss er auch angesichts der Investitionen. Wie gesagt, müssen wir grössere Projekte finanzieren, weil wir in den letzten Jahren zu wenig gemacht haben. Ich glaube, wir waren uns dabei hier im Saal immer einig. Notwendige Projekte wurden nicht finanziert, sogar dringende Sanierungen wurden nicht gemacht. Ich kann mich daran erinnern, dass wir, als ich in diese Gemeinde zog, über eine Steuersenkung abgestimmt haben. Über 80 Prozent haben dem zugestimmt, weil wir damals gesagt haben, wir haben gute Reserven. Ich habe durch das Politikmachen gemerkt, woher diese Reserven kommen, nämlich, dass man zu wenig gemacht hat. Ich bin auch froh, dass wir als Politikerinnen und Politiker die Verantwortung wahrnehmen und die dringenden Sanierungen noch machen. Wir haben im Investitionsplan gesehen, dass das eben keine Projekte sind, die «nice to have» sind und bei denen wir sparen könnten, sondern es sind notwendige, sogar dringende Sanierungen.

Wir finden es ungerecht, wenn Steuergeschenke an die Wenigen dazu führen, dass wir Schulden machen und wir in einem ungünstigen Finanzumfeld auch sehr viel für Zinstilgungen bezahlen müssen. Wir sehen im Finanzplan 2023–2028 schwarz auf weiss, wie die Schuldensituation bei Variante A aussehen wird, wenn wir die Liegenschaftssteuern senken. Es werden CHF 90,7 Mio. sein, gegenüber CHF 82,5 Mio. bei der Variante des GR. Das sind CHF 8,2 Mio. mehr Schulden, die wir den Bürgerinnen und Bürgern zumuten würden, während wir gleichzeitig unnötige Geschenke für die machen, die es am wenigsten brauchen.

Ich wiederhole gerne zwei Punkte aus der Diskussion: Es ist nicht so, dass die, die zu den Gutbetuchten gehören, nicht die Möglichkeit haben, Korrekturen der kalten Progression zu erfahren. Wir haben es eigentlich schon in der Debatte im August gesehen: Der Kanton bereitet eine Vorlage vor, um die kalte Progression ab dem nächsten Jahr auszugleichen. Deshalb war das Vorpreschen unserer Gemeinde schon damals sehr seltsam und nicht nachvollziehbar. Zudem wissen wir, dass die Liegenschaftssteuern im Kanton Bern steuerlich bereits bei den Unterhaltskosten abgezogen werden können. Insofern können wir nicht von einer starken Belastung der Einkommensstarken sprechen.

Die Fraktion der Grünen wird der Variante B und dem Antrag des GR zustimmen. Sie garantiert, dass wir unsere Investitionen tätigen können, ohne die Schuldenlast zu stark zu erhöhen. Merci für Eure Aufmerksamkeit und die Unterstützung von Variante B.

Daniel Arn (FDP): Zuerst einmal herzlichen Dank für die Worte, die Du zu Beginn an uns gerichtet hast, Karin. Ich fand das sehr passend. Herzlichen Dank.

Nun zur kalten Progression: Es ist eine Steuer, kein Steuergeschenk. Wenn wir bei diesem Prozentsatz bleiben, gibt das einfach mehr Einnahmen. In Franken bezahlt man einfach mehr Steuern. Von dem her ist das gleich, es gibt auf der Seite der Gemeinde mehr Einnahmen. Das ewige Credo ist, dass die sogenannt Privilegierten das schon bezahlen können, das spielt keine Rolle. Wichtig ist auch, dass die kalte Progression ebenfalls auf Ebene Kanton thematisiert wird, und es gibt auch noch eine warme Progression, was absolut richtig ist. Aber wenn wir nun solche Mehreinnahmen durch Steuern haben, betrifft das nicht nur die Investitionen. Man könnte auf der anderen Seite einmal etwas sparen. Man könnte auch weniger ausgeben. Es betrifft nicht nur die Investitionen. Das Motto, dass man es dort holt, wo es am einfachsten geht, ist verständlich. Aber es sind einfach mehr Steuereinnahmen bei einem gleichbleibenden Steuersatz, nur damit das Wording klar ist.

Es blieb lange gleich, da muss ich Euch recht geben. Aber auch da ist man im Kanton unterwegs. Insbesondere hat die FDP eine Motion eingereicht, dass es künftig jedes Jahr oder in einem viel kürzeren Zeitraum neu festgelegt wird. Beispielsweise wie beim Luzerner Modell aufgrund der Steuererklärung oder mit Daten der Gebäudeversicherung Bern (GVB), damit es viel zeitgerechter ist. Aber ich halte noch einmal fest: Es sind einfach erhöhte Steuereinnahmen. Ich denke, bei denen zu nehmen, die haben, ist ein etwas einfaches Modell.

Bernhard Häuselmann (GPK) verzichtet auf ein Schlusswort.

Stephan Lack (GR): Ich danke der FDP für die Angleichung auf 0,6 Promille. Meine persönliche Meinung ist, dass eine Berechnung von 0,6 Promille eine gewisse Berechtigung hat, wenn man von einer kalten Progression spricht und diese wirklich ausgleichen will. Das ist der eine Teil. In der Gesamtbetrachtung muss ich aber sagen: Wegen 0,1 Promille gehen wir nicht vor das Volk. Ich möchte an die Vernunft von beiden Seiten appellieren. Dann gehen wir lieber auf 0,7 Promille und haben ein Budget. Alle diese Steuersätze können wir auch bei einem nächsten Budget genau anschauen. Dies aber wirklich unter der Voraussetzung, dass die Zahlen vorliegen, bevor man irgendwelche Steuersätze ändern will. Ich appelliere an die Vernunft: 0,7 Promille, so, wie es ist. Dann haben wir heute Abend ein Budget.

Kein Rückkommen.

Die Vorsitzende: Wir gehen gestützt auf Art. 46 der Geschäftsordnung des GGR wie folgt vor: Die drei Anträge zur Liegenschaftssteuer werden einander gegenübergestellt. Jedes Ratsmitglied darf nur für einen dieser Anträge stimmen. Erzielt einer der Anträge das absolute Mehr, das derzeit bei 20 Mitgliedern liegt, ist er angenommen. Erhält kein Antrag das absolute Mehr, fällt derjenige aus der Abstimmung, welcher am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt, und wenn zwei gleich viele Stimmen erhalten, fälle ich den Entscheid, welcher der beiden wegfällt. Wir befinden darüber. Ich frage nacheinander, wer für Variante A mit einer Senkung auf 0,4 Promille ist, wer für Variante B des GR mit unverändert 0,7 Promille ist und wer für die heute von der FDP eingebrachte Variante C mit einer Senkung auf 0,6 Promille ist.

Beschluss

Variante B wird mit absolutem Mehr (20 Stimmen) angenommen (0 Stimmen Variante A / 19 Stimmen Variante C).

Die Vorsitzende: Wir halten zuhanden der Schlussabstimmung fest, dass die Liegenschaftssteuer auf 0,7 Promille festgelegt wurde. Nun kommen wir zur Detailberatung des Budgets in der genehmigten Variante B. Über allfällige Anträge befinden wir unter den jeweiligen Kapiteln.

Detailberatung Budget 2024

Kapitel 1 Rechnungslegungsgrundsätze

Keine Bemerkungen

Kapitel 2 Erläuterungen

Keine Bemerkungen

Kapitel 3 Ergebnisse

Keine Bemerkungen

Kapitel 4 Erfolgsrechnung

Keine Bemerkungen

Kapitel 5 Investitionsrechnung

Keine Bemerkungen

Kapitel 6 Eigenkapitalnachweis

Keine Bemerkungen

Die Vorsitzende: Nun frage ich gleich in globo: Gibt es Voten zu den Detailaufstellungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Keine Wortmeldungen. Bernhard Häuselmann (GPK) und Stephan Lack (GR) verzichten auf ein Schlusswort. Kein Rückkommen

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Budget 2024

1. Genehmigung der Steueranlagen für das Jahr 2024 (unverändert)
 - Ordentliche Steueranlage: das 1,14-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
 - Liegenschaftssteuern: 0,7 ‰ der amtlichen Werte
2. Genehmigung der Feuerwehropflichtersatzabgabe mit 2 % des Kantonssteuerbetrags, mindestens CHF 100, maximal CHF 450 (unverändert)
3. Das Budget 2024 wird genehmigt bestehend aus:

	Aufwand Gesamthaushalt	CHF 83'942'000
	Ertrag Gesamthaushalt	CHF 81'820'000
	Aufwandüberschuss Gesamthaushalt	CHF -2'122'000
Davon		
	Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF 82'025'100
	Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF 79'773'100
	Aufwandüberschuss Allgemeiner Haushalt	CHF -2'252'000
	Aufwand Abfall	CHF 1'916'900
	Ertrag Abfall	CHF 2'046'900
	Ertragsüberschuss Abfall	CHF 130'000

Der Beschluss unterliegt gemäss Art. 37 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

C) Detailberatung Finanzplan 2023–2028 (Variante A und B)

Keine Wortmeldung.

Vom Stand der Investitionsrechnung 2024 wird Kenntnis genommen.

4. Stand der Investitionsrechnung 2023 per 30. September 2023 (Realisierungsgrad)

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Sascha Balmer steht uns weiterhin zur Auskunftserteilung zur Verfügung.

Die GPK verzichtet auf das Wort.

Stephan Lack (GR): Ihr habt die Beilage erhalten, und Ihr seht, dass wir auf rund CHF 8,8 Mio. zusteuern. Das entspricht eben diesen 79 Prozent. Wir haben vorhin über den Investitionsplan diskutiert, und ich bitte Euch, die Unterlagen entsprechend zur Kenntnis zu nehmen.

Keine Fraktionserklärungen, keine weiteren Wortmeldungen.

Vom Stand der Investitionsrechnung 2023 per 30. September 2023 (Realisierungsgrad) wird Kenntnis genommen.

5. Zentrumsentwicklung Muri (ZEM), Gebiet Thunstrasse «Fünf-Egg»: Masterplan 2023 und Zone mit Planungspflicht (Entwurf)

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Ich verweise erneut auf den Infoanlass vom 17. Oktober mit zwölf anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentariern. Zur Auskunftserteilung ist Matthias Haldi anwesend, Leiter Raumplanung und Bauinspektorat.

Die GPK verzichtet auf das Wort.

Stephan Lack (GR): Für die Umsetzung des Masterplans in eine konkrete Nutzungsplanung haben wir bekanntlich am 25. April 2023 den Verpflichtungskredit nochmals leicht erhöht. In der Zwischenzeit hat man unter Leitung unseres Masterplaners, Matthias Haldi, viel gearbeitet. Es ist einiges geschehen. Der GR hat bekanntlich die Firma Panorama für die Umsetzungsarbeiten beauftragt. Das Bearbeitungsteam mit den Fachplanern hat den Masterplan entsprechend angereichert. Es war eine Auflage aus dem Jahr 2020, und eine Weile ging nichts. Nun wurde der Masterplan entsprechend verfeinert.

An einem Workshop mit Fachspezialisten der früheren Beurteilungsgremien und dem Gestaltungsausschuss von Muri bei Bern wurde in der Folge die ergänzte Planung konsolidiert. Schliesslich hat man die Absichten der Grundeigentümer an einem sehr gut besuchten Anlass in Erfahrung gebracht und in den laufenden Planungsprozess einbezogen. Dann war bekanntlich der Informationsabend zur Zentrumsentwicklung «Fünf-Egg». Es kamen viele Personen, es wurden detaillierte Fragen gestellt, und es wurde ein langer Abend. Nun ist die Idee unseres Ressorts Planung und auch des GR, dass wir den Stand der Entwicklung in den GR bringen, damit wir die Fraktionen spüren und Eure Rückmeldungen entsprechend in unsere weiteren Planungen einfliessen lassen können. Merci vielmals.

Fraktionserklärungen

Angelo Zaccaria (SP): Auch im Namen der SP-Fraktion merci vielmals, Karin, für die wichtigen Worte heute Abend.

Wenn ich jeweils nach der Arbeit im blauen Bähnli Richtung Muri fahre, schon etwas

müde bin und mir die Augen zufallen, höre ich jeweils mit meinen Kopfhörern Tolkien-Hörspiele. Wenn es beginnt, vor meinen Augen zu flimmern, habe ich irgendwie das Gefühl, ich fahre nicht in Richtung Muri, sondern ich mache eine Reise nach Mordor, für die, die es kennen. Es ist ein Land, einst herrlich und schön, jetzt von der Ödnis hässlich und verdorben. Das Gebiet zwischen Egghölzli und Kronen-Areal ist unattraktiv, ein verkehrsdurchflossener Raum, der dringend einer Aufwertung bedarf. Das ist klar und unbestritten. Wir sind überzeugt, dass man hier eine Chance hat, wirklich ein spannendes, lebendiges und qualitativvolles Leben im Zentrum aufbauen zu können, das den Bedürfnissen der heutigen und künftigen Generationen entspricht. Deshalb finden wir es als SP-Fraktion, um in der Analogie von «Herr der Ringe» zu bleiben, super, dass quasi heldenhafte Elfen bei der Gemeindeverwaltung aufgestanden sind und sich dem raumplanerischen Schattendasein annehmen.

Der vorliegende Masterplan und die Dokumentation zeigen eine Vision auf, wie das Gebiet «Fünf-Egg» aussehen könnte. Er basiert auf einer intensiven Analyse des Gebiets und einer breiten Beteiligung der Bevölkerung und der Grundeigentümer. Gerade das finden wir sehr wichtig. Wir bedanken uns deshalb beim GR und beim Planerteam für diese Arbeit, die Vorarbeit und Verfeinerung und vor allem für die transparente Kommunikation. Das ist sehr wichtig, merci vielmals. Wir waren auch vor Ort. Das war sehr spannend und wertvoll. Insofern finden wir, das entwickelt sich in eine richtige Richtung und ist gut so.

Wir haben trotzdem zwei, drei Punkte, die wir zu bedenken geben möchten. Die Bebauung im Bereich Clairière finden wir grundsätzlich so angepasst sinnvoll. Aber eventuell könnte man bedenken, ob man dort nicht noch etwas mehr Freiraum machen möchte, quasi im Sinn von Biodiversität des Raums, indem man dort weniger verbaut. Weiter wollen wir als SP, auch wenn es hier weniger Raum hat, trotzdem deponieren: Man muss immer wieder daran denken, dass man auch bezahlbaren Wohnraum schaffen muss. Das ist nicht die Idee dieses Masterplans. Aber trotzdem wären wir sehr froh, wenn es Möglichkeiten gibt, in diese Richtung zu stossen, und man vonseiten des GR Möglichkeiten findet, dass eine Durchmischung stattfinden kann.

Zum Schluss noch: Wie kann man die Qualitätssicherung gewährleisten, sodass es eine schöne Überbauung gibt und uns quasi keinen Fleischkäse vorgesetzt wird? Wir wären froh, wenn man doch relativ strikte Regeln aufstellen würde, auf die man sich verlassen kann. Eine Frage, die aufkam, war, ob man nicht den Gestaltungsausschuss bei allen Bauprojekten stärker einbeziehen könnte. Wäre das nicht eine Option, mit der man die raumplanerische Exzellenz sicherstellen könnte? Das wäre alles von uns. Wir sind überzeugt, dass man – für diejenigen, die «Herr der Ringe» kennen – aus Mordor wohl ein Auenland machen könnte.

Christoph Lucas (forum): Wir vom forum nehmen den Masterplan «Fünf-Egg» sehr wohlwollend zur Kenntnis. Wir begrüßen die Anpassungen, die erfolgt sind, und bedanken uns für die umfangreichen Arbeiten seitens Verwaltung und bei allen Beteiligten. Wir sind mit dem Projektteam einig, dass die Überbauung «Fünf-Egg» zukünftig eine Visitenkarte für die Gemeinde Muri-Gümligen ist. Wir müssen verhindern, dass es ein Flickwerk gibt. Sondern es soll aus einem Guss aus dem Masterplan kommen. Es ist für uns ein Generationenprojekt. Das unterstützen wird. Wir finden den Masterplan dafür sehr zielführend. Die Bausünde, die beim Burgernziel steht, wurde erwähnt. So etwas möchten wir sicher nicht am Eingang zu Muri-Gümligen. Deshalb sind wir auch der Meinung, dass es zwingend ein Gremium braucht, das sich der Sicherung der Qualität beziehungsweise der Einhaltung der baurechtlich nicht direkt messbaren Elemente des Masterplans annimmt. Diese Aufgabe liegt in unseren Augen eindeutig beim Gestaltungsausschuss. Er soll diese Qualitätssicherung übernehmen und schauen, dass der Masterplan eingehalten wird.

Dazu muss in unseren Augen Art. 53e Abs. 6 des Baureglements entsprechend angepasst werden, insbesondere die Abs. 6b und 6c. Es ist in diesen Absätzen klar zu regeln, wer den Gestaltungsausschuss überhaupt einberuft, bei welchen Bauvorhaben der Gestaltungsausschuss einberufen werden soll und zu welchem Zeitpunkt, in welcher Phase der Projektplanung, das Projekt dem Gestaltungsausschuss vorgelegt werden soll. In unseren Augen ist es aber weder sinnvoll noch zielführend, dass man bei allen Bauvorhaben den Gestaltungsausschuss konsultiert. Aber zumindest sollen bei grösseren Bauvorhaben beziehungsweise bei grösseren neuen Hauptgebäuden die Projekte im gesamten Perimeter im Rahmen der Baubewilligungsverfahren dem kommunalen Gestaltungsausschuss vorgelegt. Ihr seht, es ist ein Anliegen des forums, dass man diese Gelegenheit nutzt und die Visitenkarte entsprechend dem Masterplan umsetzt.

Deshalb stört uns auch ein bisschen die Formulierung im Abschnitt «Zweck und Aufbau des Masterplans». Dort steht auf der S. 6, dass der Masterplan «ein informelles strategisches Planungsinstrument des Gemeinderats» ist. Strategisch, ja, aber nicht informell. Sondern der Masterplan soll aus unserer Sicht bindend sein. Zum Schluss noch ein anderes, ein älteres Anliegen des forums. Die Clairière wurde schon genannt. Wie im Masterplan beschrieben, handelt es sich beim grünen Hang im westlichen Teil der Clairière um eine ökologisch wertvolle Fläche. Es erschliesst sich uns deshalb nicht so ganz, weshalb man diese Fläche jetzt zu einer Allmend transformieren will, spricht, sie der breiten Öffentlichkeit preisgeben will. Weshalb macht man aus dieser ökologisch wertvollen Fläche nicht gleich ein Naturschutzgebiet? Merci.

Lorenz Held (FDP): Ich bin weder «gspürig», Stephan, noch bin ich irgendwie ein Held. Ich heisse zwar so. Ich spreche für die FDP-Fraktion. Wir danken allen Beteiligten für die gute Arbeit. Wir nehmen den aktuellen Stand ebenfalls gerne zur Kenntnis. Ich glaube, es ist unbestritten, dass eine grosse Arbeit geleistet wurde. Jetzt können endlich, ich sage wirklich endlich, die nächsten Schritte eingeleitet werden, und das Eingangstor zu Muri kann nicht nur als neu umgebaute Strasse brillieren, sondern im städtebaulichen Sinne aufgewertet werden. Diese Aufwertung ist ein anspruchsvolles Unterfangen. Das merkt man auch schon anhand der Voten, die wir gehört haben. Es gibt auch sehr grosse Erwartungen. Aber ich warne Euch. Einen Fleischkäse kann man nicht so einfach vermeiden. Das kann ich Euch als ehemaliges Mitglied der Baukommission unserer Gemeinde bestätigen. Es braucht tatsächlich griffige Bestimmungen durch Überbauungsordnungen. Ich muss etwas korrigieren: Es ist das einzige, was in diesem Sinn wirklich verbindlich ist. Es ist auch das, was man festzurrt, und es ist auch das, was man nicht so einfach vor Gericht anfechten kann, wenn sie einmal gültig ist. Alles andere ist anfechtbar. Wir werden also gut hinschauen, ob die Griffigkeit der Bestimmungen der Überbauungsordnung auch wirklich da ist.

Bezüglich Einsatz des Gestaltungsausschusses gehen wir davon aus, dass er im Falle des «Fünf-Eggs», wie auch in allen anderen Fällen, gemäss Art. 31 Abs. f des Baureglements bedarfsweise eingesetzt wird und nicht nur im Einsprachefall, wie im Bericht des GR geschrieben. Das kann es dann doch nicht sein. Dass man den Gestaltungsausschuss der Baukommission einsetzen kann, ist heute schon ein gutes Instrument. Sie müssen der Baukommission auch vertrauen, dass sie im Stande ist, diesen im richtigen Moment anzurufen. Geschrieben ist: «Die Planungs- und Verkehrskommission (PVK) hat sich dagegen ausgesprochen und wünscht, dass die Überbauungsordnungen (UeO) entsprechend griffig ausgestaltet werden und der GA nur noch in strittigen Fällen mit Einsprachen beizuziehen sein wird.» Das war aber auch gemäss Rücksprache mit Vertretern der PVK nicht so gemeint. Ich glaube, das kann man noch korrigieren.

Denn es wäre eine Ungleichbehandlung mit allen anderen Bauwilligen. Schliesslich muss sich jeder Bauwillige allenfalls dem Gestaltungsausschuss stellen, wenn die Baukommission es so sieht. Es würde auch die Überwachung der Grundsätze des

Masterplans praktisch verunmöglichen, da gehe ich mit allen Voten einig. Die Einführung einer obligatorischen Prüfung durch den Gestaltungsausschuss, wie in Art. 53e Abs. 6b formuliert, geht der FDP dann doch zu weit. Dort steht, ich zitiere: «Baugesuche für Hauptbauten sind dem Gestaltungsausschuss nach Art. 31 zur Beurteilung vorzulegen.» Da folgen wir den Argumenten der Planungs- und Verkehrskommission.

Schon jetzt sind Bauvorhaben zahlreichen Prüfungen durch Behörden und Fachstellen ausgesetzt. Ihr müsst einmal schauen, was es heisst, wenn wir in der Praxis damit arbeiten. Ich schaue dabei gerne auch zu Matthias Haldimann (recte: Haldi) hinüber, und ich spreche aus aktueller Erfahrung in meiner jetzigen Funktion. Aus liberaler Optik ist ein solches Obligatorium zu viel des Guten. Wie aus den Ausführungen des forums zu erkennen ist, wird es auch kompliziert, wenn man beginnt, das differenzieren zu wollen. Dann fragt sich, wann und wie. Auch das wird allenfalls wiederum unsere Gerichte beschäftigen. Nehmt also zur Kenntnis, dass die UeO wirkliche Verbindlichkeit hat. Sie muss griffig ausgestaltet werden. Und es bleibt ja, wie gesagt, der Baukommission die Möglichkeit, aktiv zu werden, aber auch den Betroffenen, im Rahmen von Einsprachen korrigierend einzugreifen. Danke vielmals.

Franziska Grossenbacher (Grüne): Ich kann nicht mehr viel Neues sagen, die Vorredner haben schon viel gesagt. Aber ich möchte für die Grünen doch noch dieses Geschäft würdigen. Auch wir danken dem GR und der Verwaltung für diesen Prozess. Wir finden es richtig und gut, dass wir jetzt auch noch einmal Stellung nehmen und uns einbringen können, bevor die Planungsinstrumente fertig ausgearbeitet sind. Ich möchte bei diesem Geschäft auf zwei Punkte eingehen. Das eine ist, dass wir überzeugt sind, dass die Siedlungsentwicklung nach innen, die Hauptbestandteil dieses Projekts ist, nur gelingt, wenn man eben Mehrwerte für alle schaffen kann und nicht nur für die, die dort in den Genuss von neuem Wohnraum kommen werden. Diese Mehrwerte sehen wir in der aktuellen Planung. Es gibt attraktive öffentlich zugängliche Plätze. Es gibt eine bessere Durchwegung und Anschliessung des neuen Quartiers, auch an den Egghölzliwald oder gegen die Aare runter. Es gibt einen Strassenraum, der mehr Aufenthaltsqualität hat, und es gibt, wie bereits gesagt wurde, vor allem eben dem Ortseingang unserer Gemeinde eine Etikette.

Diesen Aspekten muss man in der weiteren Planung jetzt aber auch wirklich die Verbindlichkeit geben. Wir werden vor allem bei der Baumreihe und der Begrünung genau hinschauen, auch im Bereich entlang der Thunstrasse, die jetzt eine *pico bello* neue Verkehrsfläche ist, aber primär immer noch eine Verkehrsfläche. Ich fuhr heute gerade dort entlang. Es soll wirklich Aufenthaltsqualität entlang dieser Hauptachse in unserer Gemeinde geschaffen werden können. Uns ist sehr wichtig, dass man im nördlichen Bereich des Entwicklungsgebiets im Strassenraum Aufenthaltsqualitäten schafft, sodass es auch ein Gebiet ist, in dem man zu Fuss unterwegs sein will und in dem man sich auch aufhalten können soll.

Zweitens: Damit wir diese Etikette für unsere Gemeinde eben schaffen können, damit es eine qualitativ hochstehende Verdichtung wird, sind wir der Überzeugung, dass der Gestaltungsausschuss unserer Gemeinde bei den Hauptbauten wirklich einbezogen werden soll. Das ist in keiner Art und Weise eine Schikane oder ein Misstrauen gegenüber den Investoren, die dort bauen wollen. Aber dieser Einbezug gewährleistet, dass wir dort wirklich eine Siedlungsentwicklung haben, die eine hohe Qualität erreicht. Ich möchte im zweiten Punkt auch noch auf die Clairière eingehen. Die Grünen sind schon bei der ganzen Geschichte rund um dieses Geschäft kritisch gegenüber der Bebauung der Clairière. Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich das nun verbessert hat. Der Fussabdruck der Überbauung wurde dort kleiner. Aber trotzdem weise ich noch einmal darauf hin: Es ist der einzige Waldrand des ganzen Egghölzliwaldes, der noch ein bisschen natürlich ist. Es ist im Moment eine Ortsbildschutzzone. Die Bebauung dieses Orts erfordert grösste Vorsicht und vor allem

auch ein Berücksichtigen der Naturwerte, die wir heute dort haben. Für uns ist die Überbauung und das, was dort vorgesehen ist, immer noch zu klotzig, zu massiv. Vor allem stört uns auch die Absicht einer Almend, wie auch schon das forum gesagt hat, des Rasenspielfeldes, der dann schon irgendwie in dieses natürliche BORD integriert werden soll. Aber wie genau soll das gehen? Wie soll man diese hohen Naturwerte mit einer allgemein zugänglichen Fläche, also mit der Almend vereinbaren? Wir möchten den GR bitten, da noch einmal genau hinzuschauen und vor allem auch Abklärungen zu treffen, wie es gelingen kann, die verschiedenen Zielsetzungen unter einen Hut zu bringen. Merci

Hanna Beck (EVP): Ich bedanke mich herzlich für die Unterlagen und auch für das Soundingboard, das wir letzte Woche haben durften. Sehr wertvoll finde ich, dass im Masterplan darauf geachtet wird, dass die natürliche, topographisch bedingte Durchlüftung gewährleistet bleibt und die Thematik der Begrünung und des Schattens im Masterplan integriert ist. Es darf jetzt aber nicht passieren, dass die Erstellung des Dokuments keinen Zweck ausser seiner Existenz hat. Unbedingt muss darauf geachtet werden, dass verbindliche und konkrete Punkte in der Überbauungsordnung stehen und nicht nur Hauptgebäude, sondern alle Gebäude unter Beizug des Gestaltungsausschusses geplant werden müssen. Ich ermutige die Planenden, die Verwaltung und den GR, hier mit grosser Sorgfalt richtungsweisende und scharfe Vorgaben zu definieren. Konkret meine ich zum Beispiel, dass eine CO₂-Beschränkung für die Erstellung der Neubauten definiert wird, dass in die Langlebigkeit der Neubauten investiert werden muss, dass sommerlicher Wärmeschutz am Gebäude und für die Thunstrasse durch Beschattung erforderlich ist, dass die Schwammstadt mit einem Regenkreislauf umgesetzt wird, dass der Gestaltungsausschuss in jedem Fall beizuziehen ist, dass der Wohnraum pro Kopf beschränkt wird und dass es eine minimale Anzahl Parkplätze pro Kopf gibt. In unsere Gedanken schleichen sich manchmal Trugschlüsse ein. Wenn ich ökologisch baue, gönne ich mir dafür ... – Hier kann jeder das einsetzen, bei dem er sich selbst er- tappt. Der Klassiker ist wohl mehr Wohnraum oder mehr Fenster.

Bei einer Wanderung begegnen uns alte Blockhäuser mit wunderschön eingravierten Jahreszahlen. Menschen vor über 200 Jahren haben entschieden, für mehrere Generationen Wohnraum zu schaffen. Auf einer Tabelle, die mir in der Ausbildung begegnet ist, habe ich gesehen, wie sich die Lebensdauer von Bauteilen im Vergleich zu vor 50 Jahren drastisch verkürzt hat. Wenn man heute ein Fenster baut, ist die Lebensdauer kürzer, als wenn man vor 50 Jahren ein Fenster verbaut hat. Die verbaute Haustechnik bringt ausser Komplexität nicht viel Mehrwert. Oder kennt Ihr auch das Prinzip des Lüftens? Quer lüften, alle Fenster am Morgen und am Abend während fünf bis zehn Minuten auf. Wenn man im Winter darauf achtet, bei besonders hoher Sonneneinstrahlung und im Sommer in den kältesten Nachtstunden zu lüften, kann man ein sehr behagliches Klima hinbekommen, das viele geschlossene Systeme nicht hinbekommen. Ich behaupte, dass durch den Verzicht der kurzlebigen Maschinen – man geht von ungefähr 30 Jahren aus – viel mehr Energie gespart werden kann, als durch herkömmliches Lüften Energie verloren gehen mag. Zur Beschattung: Bei der Architektur kann man definitiv darauf achten, dass durch südlich angelegte Balkone und Vordächer ein sogenanntes Südlaubehaus erstellt wird. So hat man eine Beschattung der Fenster in warmen Sommermonaten, wenn die Sonne eine hohe Einstrahlung hat und die Energie draussen bleibt. Im Winter, wenn die Sonne einen tieferen Stand hat, kann diese Energie im Gebäude aufgenommen werden.

Zu den Flachdächern. Es gibt sie bekanntlich in drei Zuständen: Die, die rinnen; die, die noch nicht rinnen; und die, die schon wieder rinnen. Die Lebensdauer eines Badewannendaches beträgt ungefähr 20 Jahre. Ich sage dem Flachdach absichtlich Badewannendach, damit wir uns auch einmal Gedanken machen, wie sinnig oder unsinnig dieses System eigentlich ist. Ein Stelldach hat eine Lebensdauer von ungefähr 120 Jahren. Wasser fliesst immer nach unten. Das verstehen schon meine

Kinder. Wir können das schlaue in unseren Planungen einbauen, oder wir können unzählige Sanierungsaufwände und damit Materialverschleiss produzieren. Leider sind allen von uns Beispiele bekannt, bei denen Grossunternehmen als Totalunternehmen (TU) oder Generalunternehmen (GU) spätestens bei Einspar-Runden auf die ökologischen Aspekte beim Bauen verzichten. Dem könnte beispielsweise ein Riegel gesetzt werden, wenn Projektänderungen nach der Baubewilligung nur bewilligungsfähig sind, wenn die Langlebigkeit und die Ökologie des Baus optimiert wird. Sicher kommen den Planenden noch weitere Negativbeispiele unserer nächsten Umgebung in den Sinn. Es gilt, diese genau anzuschauen und für unerwünschte Vorhaben klare Grenzen zu setzen.

Der angestrebte Dialog mit dem Gestaltungsausschuss schon in der Planungsphase Vorprojekt bis Bauprojekt finde ich sehr begrüssenswert. Trotzdem sind klare Richtlinien und Vorgaben wichtig, da leider viele GU und TU an ihre Besprechungen in Begleitung eines Anwalts kommen. Langlebigkeit und ökologisches Bauen sollen in der Weiterentwicklung von Muri die Diamanten in der Krone ausmachen. Ja, bauen kostet. Es kostet viel. Und es kostet mehr, wenn man in die Langlebigkeit investiert. Aber auf Dauer kostet es weniger, uns und unsere Nachkommen im Portemonnaie, aber auch unsere Natur.

Ich möchte gerne noch einen Gedanken an die Clairière verlieren. Unser Land, und damit meine ich jeden noch so kleinen Flecken auf diesem Planeten, ist unglaublich kostbar. Wenn man sich einen kurzen Blick von der ISS auf unseren doch so kleinen Planeten gönnt, gehen einem doch einige Gedanken durch den Kopf. Vielleicht Dankbarkeit, dass wir überhaupt existieren und über Dinge nachdenken und unsere Welt verwalten. Dass das Land einen Besitzer hat, ist eine Erfindung unserer Vorfahren. Dass das Land aber vor uns Menschen auch schon Besitzer hatte, vergessen wir manchmal in unserem Egoismus. Dass wir durch unseren Wunsch nach Wachstum andere manchmal rücksichtslos verdrängen, ist uns häufig egal. Wenn wir jetzt eine Zonenänderung dieser Parzelle machen, die als Erhaltungszone deklariert ist, entscheiden wir uns einmal mehr für Profit zulasten von Leben. Das Leben, das jetzt nämlich stattfindet, hat keine eigene Stimme, gehört aber mit zur Lunge der Atmosphäre und mit seiner Biodiversität zu einer schätzenswerten Schönheit.

Das geplante Bauvolumen soll verkleinert oder überhaupt die Überbauung der Parzelle noch einmal überdacht werden. Auf S. 29 und weiteren, sinngemäss beschriebenen Seiten des Masterplans soll geändert werden, dass auf der Clairière keine Spielfläche und keine öffentlich zugängliche Allmend erstellt werden. In der nahen Umgebung des geplanten Bauvolumens auf der Clairière hat es einen Quartierplatz und einen Spielplatz, und der Wald zur Naherholung ist auch in nächster Nähe. Ausser der minimal notwendigen Fläche für den Neubau, soll der restliche Teil dieser Parzelle weiterhin seiner parzellierten Funktion «Erhaltungszone» treu bleiben. Diese Fläche soll durch einen Zaun abgegrenzt bleiben und auch während der Bauzeit unangetastet sein. Das meine ich ernst. Denn es ist leider sehr oft der Fall, dass in Bauphasen durch Bauplatzinstallationen wahnsinnig viel Land kaputt gemacht wird. Ich hoffe, dass dieses Planungsinstrument nicht ein weiteres ist, das zum Scheitern verurteilt ist. Jedenfalls sind schon sehr viele Faktoren zum Schützen unseres Klimas verankert. Ich bedanke mich da besonders bei den Beteiligten, die sich dafür eingesetzt haben, und ermutige den GR, dass er das Baupotenzial nicht zu günstig freigibt. Merci vielmals.

Keine weiteren Wortmeldungen. Die GPK verzichtet auf ein Schlusswort.

Stephan Lack (GR): Ich möchte die ganze Sache sicher nicht verlängern. Ich danke Euch spontan ganz herzlich für Eure Fraktionsmeinungen. Ihr werdet sicher auch in einer späteren Phase noch einmal in einer Mitwirkung einbezogen. Aber wir werden das selbstverständlich aufnehmen. Für die, die dachten, Herr Haldi haben nichts aufgeschrieben: Es gibt ein Wortprotokoll, in dem man alles ganz genau nachlesen

kann, was gesagt wurde. Herzlichen Dank, das war der Sinn, weshalb wir das heute Abend traktandiert haben. Merci.

Kein Rückkommen.

*Kenntnisnahme des Planungsstands August 2023 des Masterplans 2023
Zentrumsentwicklung Muri, Gebiet Thunstrasse «Fünf-Egg», der Änderung des
Gemeindebaureglements, Art. 53a ZPP «Fünf-Egg», der Änderung des Zonenplans.*

6. **Beethovenstrasse Ausführungskredit: Entflechtung öffentliche Beleuchtung, Sanierung Strasse**

Die Vorsitzende: Die Unterlagen liegen schriftlich vor. Zur Auskunftserteilung ist Thomas Marti, Leiter Umwelt und Verkehr, anwesend.

Suzanne Fankhauser (GPK): Ich mache es sehr kurz. Die Unterlagen, die wir in der GPK gesichtet haben, sind vorbildlich. Wir danken vielmals für die guten Materialien, die wir erhalten haben. Wir hatten auch noch das Glück, dass uns Markus Bärtschi ein Stück weit Zusatzerklärungen brachte. Denn wir haben zwar schon eine Abstimmung zur Beleuchtung hinter uns, an die ich mich gut erinnern kann, und Ihr wohl auch; damals trug Urs Grütter eine wunderbare Stirnlampe. Bei dem hier ging es jetzt um die Entflechtung. Die ganzen Unterlagen sind also für den GGR parat. Wir sind sehr zufrieden. Merci vielmals.

Markus Bärtschi (GR): Nach den ideologischen und literarischen Höhenflügen führt dieses Geschäft wieder in die Niederungen des gewöhnlichen Verwaltungshandelns. Das nächste Kapitel aus dem Buch des laufenden Strassenunterhalts betrifft die Beethovenstrasse. Grundsätzlich ist alles wie gehabt. Ich kann Euch recht wenig Neues erzählen, versuche es aber. Es ist vom Betrag her für eine – in Anführungszeichen – kleine Gemeindestrasse ein grösseres Vorhaben. Das hängt mit der Länge des Strassenabschnitts zusammen, der hier saniert wird. Die im Investitionsplan eingestellten CHF 400'000 reichen nicht, das war zu optimistisch. Sie haben weniger Arbeiten umfasst, als jetzt sinnvollerweise ausgeführt werden sollen. Der zweite Hinweis oder Punkt ist, dass wir bei diesem Projekt, wie Ihr lesen konntet, Erfahrungen mit dem Wiederverwenden der Randsteine sammeln. Auch das ist ein Kreislauf, den wir bei uns in der Gemeinde schliessen könnten, wenn sich das bewährt.

Drittens haben wir hier zum ersten Mal bewusst in einer Extrarunde Möglichkeiten zur Entsiegelung geprüft. Das wollen wir künftig immer so machen. Das Ergebnis ist an diesem Turngerät nicht überwältigend. Dazu sind die Rahmenbedingungen bei dieser Strasse zu ungünstig. Immerhin konnten wir aber Platz für eine zusätzliche, neue Baumgrube finden. Das wird Raum für einen neuen Hochstämmer geben, der an der Stelle der bisherigen Strassenfläche, also einer asphaltierten Fläche, stehen wird. Der letzte Hinweis ist das, was Suzanne bereits angesprochen hat: Irgendwann kommt der Moment, in dem man bei der Sanierung der Beleuchtung, die wir im Zug dieser Sanierungsvorhaben zusammen mit der Entflechtung der Stromanschlüsse unterirdisch machen, kippt und umstellt auf das Projekt, das ja in dem Sinn beschlossen ist: Die Erneuerung der Strassenbeleuchtung als Ganzes. Wir sind immer noch in der Phase, dass wir die Leuchten oder die Arbeit, die wir machen, aus dem Projektkredit finanzieren. Es steht uns aber bevor, dass irgendwann das erste Projekt kommt, bei dem man schon auf der Rechnung des Kredits für die Erneuerung, Sanierung und Strassenbeleuchtung die Beleuchtungsgeschichte abhandelt. Der GR beantragt dem GGR, den Kredit wie vorgelegt zu bewilligen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen, keine Wortmeldungen. Suzanne Fankhauser (GPK) und Markus Bärtschi (GR) verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

1. Genehmigung Projekt Beethovenstrasse, Entflechtung öffentliche Beleuchtung und Strassensanierung.
2. Bewilligung Verpflichtungskredit von CHF 710'000 inkl. MWST unter der Nr. 6150.5010.72.

Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt.

7. Sanierung Gebäudehüllen Aula und Turnhalle Aebnit und Installation PV-Anlage, Aebnitstrasse 17 und 21, Muri b. Bern; Abrechnung Verpflichtungskredit

Matthias Gubler (GPK): Die GPK stellt fest, dass die Kreditabrechnung für die Sanierung der Gebäudehülle Aula und Turnhalle Aebnit sowie die Installation der PV-Anlage mit einer Kreditunterschreitung von CHF 74'509.32 abschliesst. Das Projekt wurde sehr gut und richtig abgeschlossen und kann im Rat behandelt werden.

Carole Klopstein (GR): Ich halte mich angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der umfangreichen Unterlagen, die wir Euch zu dieser Kreditabrechnung zugestellt haben, sehr kurz. Es freut mich sehr, dass das erste Projekt, das ich hier in diesem Rat vertreten durfte, mit einer Kreditunterschreitung von 5,5 Prozent präsentiert werden darf. Ich denke, man wünscht sich, dass eine Sanierung so verläuft. Ich möchte allen Beteiligten ganz herzlich für die erfolgreiche Umsetzung danken und freue mich natürlich sehr, dass wir jetzt auch selbst Strom produzieren.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen, keine weiteren Wortmeldungen; Matthias Gubler (GPK) und Carole Klopstein (GR) verzichten auf ein Schlusswort.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Genehmigung der Kreditabrechnung für die Sanierung Gebäudehüllen Aula und Turnhalle Aebnit und die Installation PV-Anlage. Bei einem bewilligten Kredit von CHF 1'360'000.00 schliesst die Rechnung mit Kosten von CHF 1'285'490.68, also einer Kreditunterschreitung von CHF 74'509.32.

8. Motion forum: Beschaffung von «Smiley»-Geschwindigkeitsanzeigen

Markus Bärtschi (GR): Der GR hat diesen Vorstoss, wie Ihr lesen konntet, positiv aufgenommen. Es ist ihm aber wichtig, den Unterschied zwischen den bereits im Einsatz stehenden Geräten und denen, die wir allenfalls neu beschaffen, hervorzuheben. Um diesen Unterschied umsetzen zu können, beantragen wir die Überweisung als Postulat, das wir nachher gerne erfüllen würden. Unsere beiden bestehenden Visispeed-Geräte dienen primär der Verkehrsdatenerhebung. Sie sind dafür gemäss einer Jahresplanung ausserhalb der Ferien und ausserhalb der sehr kalten Jahreszeit praktisch lückenlos im Einsatz, um die Daten zu liefern, welche wir für die Erfüllung unserer Aufgaben benötigen. Es geht dabei einerseits um das Monitoring der Fahrten. Man legt Messreihen über die Zeit an, um auch die Entwicklung zu sehen. Andererseits geht es um die Überprüfung der gefahrenen Geschwindigkeiten. Dies nicht im strafrechtlichen Sinn, sondern um die Wirksamkeit von Massnahmen und gegebenenfalls auch den Bedarf zusätzlicher Massnahmen im Strassenraum zu überprüfen.

Diese Auswertungen und die Pflege der gewonnenen Daten sind aufwändig, und zwei Geräte decken unsere Bedürfnisse ab. Mehr wäre in diesem Bereich weniger. Diese Anzeigen haben aber, wie die Motion richtig erkennt, auch eine präventive Wirkung. Das bestätigt uns auch die Kantonspolizei. Diesen Effekt können und wollen wir nutzen, indem wir die zusätzlichen Geräte in einem anderen Konzept betreiben, ohne Datenerhebung.

Weniger bedeutsam ist der Unterschied zwischen fixem und mobilem Einsatz. Auch die Motion selbst spricht ja von Standortwechseln. Diese sind am einfachsten zu bewerkstelligen, wenn das Gerät auf einem Anhänger aufgebaut ist, der auch die benötigte Batterie aufnehmen kann. Es steht so oder so längere Zeit am selben Ort. Das kann man auch noch über das Sinnvolle hinaus verlängern. Die Kantonspolizei empfiehlt einen Wechsel alle zwei bis drei Wochen, weil sich danach eine Gewöhnung einstellt, die man im Verhalten nachweisen kann. Dasselbe Gerät ist am neuen Standort effizienter, als wenn es eine dritte, eine vierte und eine fünfte Woche am selben Standort bleibt.

Also, der GR beantragt die Überweisung als Postulat, und ist bereit, die Anschaffung von zusätzlichen «Smiley»-Geräten anzugehen, die danach im Präventionsmodus betrieben werden. Wenn das funktioniert, kann man in einem weiteren Schritt die Flotte auch ausbauen.

Die Vorsitzende: Bernhard, bitte äussere dich auch gleich zu einer allfälligen Umwandlung in ein Postulat.

Bernhard Häuselmann (forum): Ja, ich spreche gleich für alles zusammen, als Motionär und als Fraktionssprecher.

Danke für die ausführliche Antwort des GR und deine Informationen, Markus. Ich denke, die Meinung unserer Bevölkerung ist klar: Sie möchte weniger und langsameren Durchgangsverkehr. Das fordert sie an Informationsveranstaltungen zu diesem Thema jeweils auch direkt, sehr direkt, wie Markus und ich schon feststellen konnten. Ich sehe in der Antwort und den Informationen zusätzlich noch einen Anfang in Richtung einer zukunftsweisenden Verkehrsberuhigung. Ich bin positiv, dass der GR jetzt tatsächlich diese vier Geräte beschafft, sodass wir weiterkommen. Die bisherigen Massnahmen haben nicht so viel geholfen. Bei Stückkosten von CHF 6000, einer Lebensdauer von acht Jahren und null Franken Betriebskosten während dieser acht Jahre ist das nebenbei auch noch wirtschaftlich und verantwortungsbewusst investiert. Deshalb merci für die Überweisung als Postulat.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Keine Fraktionserklärungen, keine weiteren Wortmeldungen; Bernhard Häuselmann (forum) und Markus Bärtschi (GR) verzichten auf ein Schlusswort.

Kein Rückkommen.

Beschluss (39 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen)

Überweisung des Postulats forum: «Beschaffung von «Smiley»-Geschwindigkeitsanzeigen».

9. Motion forum: Einsetzung einer Digitalkommission

Stephan Lack (GR): Der GR wird beauftragt, eine Digitalkommission in Form einer nicht ständigen Fachkommission nach Art. 55 der Gemeindeordnung einzusetzen und die Digitalkommission mit der nächsten Anpassung der Gemeindeordnung in eine ständige Kommission zu überführen. Der GR hat dieses Anliegen ausführlich diskutiert. Ihr könnt der Antwort des GR auch entnehmen, dass der GR mit der Stossrichtung der Motionäre natürlich einverstanden ist. Der GR will in Sachen Digitalisierung tatsächlich vorwärts machen, und er hat in den letzten Jahren auch schon Dinge geleistet. Der Begründung könnt Ihr aber gleichzeitig auch entnehmen, dass wir von der Schaffung einer neuen Kommission nicht so richtig begeistert sind. Wir sind nicht so richtig überzeugt und haben auch gewisse Zweifel, dass es in der Phase, in der wir jetzt stecken, gleich die ideale Lösung wäre, damit wir vorwärtskommen. Wie Ihr gesehen habt, beschäftigen wir uns momentan auch gerade intensiv mit dem Thema Smart City, beispielsweise an der nächsten Klausurtagung des GR, die im November stattfindet. Wir können, davon sind wir überzeugt, dann auch sehr wertvolle Eindrücke und Inputs betreffend Digitalisierung mitnehmen. Der GR beantragt Euch also, die Motion trotz berechtigter Stossrichtung nicht zu überweisen.

Bernhard Häuselmann (forum): Danke für die ausführliche Antwort des GR. Ich habe eigentlich viel zu einem konkreten Lösungsansatz für konkrete Baustellen in der Digitalisierung und in der digitalen Transformation erwartet, wirklich viel – ausser einer pointierten Abqualifizierung von Kommissionen. In der Antwort steht, Kommissionen machen hohe Komplexität, zusätzlichen Aufwand, erhöhte Bürokratie, starke Abhängigkeit von Personen. Fast alle Ratsmitglieder hier sind in einer oder in mehreren Kommissionen aktiv oder waren es einmal. In diesem Licht finde ich das etwas unglücklich formuliert. Ich habe auch keine widersprüchliche Antwort erwartet. Obwohl man in einer Kommission, wie wir gerade vernommen haben, eine starke Abhängigkeit von Personen befürchtet, will man nun eine einzelne Person als Digitalbeauftragten anstellen, aber nur in Teilzeit. Wahrscheinlich, damit die Abhängigkeit von dieser Person nicht zu hoch wird. Das ist inkonsistent. Ich habe auch keinen Exkurs über Smart City erwartet. Der Ansatz von Smart City ist weder neuzeitlich noch zielführend. Das ist viel zu komplex. Smart City besteht aus mindestens 16 Stossrichtungen. Wenn überhaupt, hätte ich gerne erfahren, an welchen dieser 16 Stossrichtungen der GR zuerst arbeiten möchte. Dazu würde sich zum Beispiel die Stossrichtung «Citizen Engagement» anbieten, also wie man sich als Bürger einbringen kann, zum Beispiel in Kommissionen. Das Engagement in einer Digitalkommission würde potenziell auch jüngere Personen ansprechen, die

sich digital seit Kindesbeinen auskennen. Aber eben, wieso in einer Kommission von motivierten Bürgerinnen und Bürgern mit digitalem Wissen profitieren, wenn es auch eine einzelne Teilzeitstelle tut?

Lieber Gemeinderat, ich hätte wirklich eine Antwort erwartet, die auf die Erkenntnisse des Schweizerischen Gemeindeverbands Bezug nimmt und eine zukunftsweisende Muriger Lösung vorbereitet. Deshalb stelle ich gerne den Antrag, dass diese Motion als Postulat überwiesen wird. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, Ihr könnt heute Abend mit der Überweisung als Postulat ein Signal setzen, dass der GR die digitale Transformation richtig priorisiert und richtig aufsetzt.

Die Vorsitzende schlägt folgendes Vorgehen vor: Fraktionserklärungen, anschliessend Detailberatung und weitere Wortmeldungen. Das Vorgehen wird nicht bestritten.

Fraktionserklärungen

Daniel Arn (Partei): Ich möchte zuerst etwas in Erinnerung rufen. Am 21. März 2021 wurde eine Motion überreicht, in der es um Digitalisierung geht. Wir haben sie in diesem Saal im September 2021 einstimmig angenommen. Wir haben dann am 23. August einen Zwischenbericht der Gemeinde erhalten. Er war dünner als dünn. Auf der ersten Seite wurde noch einmal die Motion wiederholt, auf der zweiten gab es ein paar Ausführungen, dann folgte noch ein Datum. Wir sind immer noch gleich weit. Es ist jetzt schon locker mehr als zwei Jahre her. Grosszügig aufgerundet sage ich jetzt einmal, es ist zweieinhalb Jahre her seit dem Eingang dieser Motion. Als ich las, dass man nun eine Kommission möchte, dachte ich aus lauter Verzweiflung erst, weil man sonst nicht vorwärtskommt: Ja, eigentlich ist das doch etwas. Als ich es mir genauer überlegt hatte, dachte ich, das könne doch nicht sein. Stellt Euch einmal vor, dass für einen solchen Prozess, der tagtäglich gelebt werden muss, eine Kommission gebildet wird. Diese Kommission würde vielleicht viermal im Jahr tagen. Dann müsste man das Projekt jedes Mal in die Kommission bringen. Dann würde man das ausarbeiten, dann ginge es wieder zurück ins tägliche Leben. Ich will selbstverständlich niemandem zu nahetreten. Aber das ist, wie wenn man der HR zusätzlich eine Kommission entgegenstellt, damit sie auch tagtäglich arbeiten können. Das geht vom Aufwand her noch viel länger, bis wir in der Gemeinde irgendeinmal mit dieser Digitalisierung vorwärtsmachen. Deshalb, in allen Ehren und selbstverständlich mit Respekt: Das können wir nicht machen. Wenn man den Vorstoss jetzt noch in ein Postulat wandelt, wird es nicht wirklich besser. Dann macht man nämlich einen Bericht dazu. Und auf diesen Bericht warten wir schon längstens.

Ich möchte damit sagen: Liebe Gemeinderäte, liebe Gemeinde, macht jetzt endlich vorwärts mit dem Auftrag, den Ihr seit mehr als zweieinhalb Jahren habt, damit Ihr mit dieser Digitalisierung auf den Weg kommt. Es wurde mir fast ein wenig komisch, als ich in der Antwort las, dass man aufschrieb, was man jetzt doch schon alles erreicht habe. Vor allem, als man die neuen Kassen G6 der Firma Dialog Verwaltungs-Data AG aufschrieb, dachte ich: Hoppla, jetzt gibt man aber Gas! Ich habe gedacht, wenn man das vor allem auch noch damit in Verbindung setzt, dass man sich für Smart City interessiert, dann bin nicht ganz sicher, ob man mit dieser Digitalisierung, mit diesen Prozessen – das ist nicht zum Lachen –, welche die Arbeit nachhaltig verändern und anders gestalten sollen, vorwärtskommt. Und zwar für das tagtägliche Arbeiten der Angestellten in der Gemeindeverwaltung. Da müsste man vorwärtsmachen. Als ich das las, dachte ich: Nimmt man das etwa gar nicht so ernst? Von dem her fordern wir die Gemeinde jetzt wirklich noch einmal auf: Macht jetzt vorwärts! Zweieinhalb Jahre lang haben wir noch nichts gehört – die Motion wurde verbindlich eingereicht. Und in allen Ehren, auf ein Postulat, um eine Kommission zu gründen, würden wir doch verzichten.

K. Urs Grütter (SVP): Ich habe ein paar Dinge aufgeschnappt, die mir nicht gefallen. Die Seite des GR muss nicht probieren, sich um jeden Preis gegen jede Kritik zu wehren. Wenn man sagt, man schafft keine Kommission, sondern eine Teilzeitstelle, und im selben Atemzug mehr oder weniger sagt, mit einer Kommission sei man viel zu personenabhängig: Bei einer Teilzeitstelle ist man noch personenabhängiger. Das macht einfach keinen Sinn. Schreibt doch nicht solches Zeug! Also, und eine Kommission ist sicher viel billiger als eine Teilzeitstelle. Von dem her hättet ich am liebsten gar nichts. Denn die Digitalisierung kommt automatisch. Ihr habt lauter Mitarbeiter, die diese Dinge von zuhause und von der Schule aus schon mitbringen. Man muss nur schauen, dass man die Prozesse, die Daniel erwähnt hat, ein wenig analysiert. Aber das ist eine Führungsaufgabe. Die kann man nicht an einen Teilzeitmitarbeiter delegieren, und nachher hat man es gemacht und kann sich zurücklehnen.

Ich würde sagen, wahrscheinlich ist der Vorstoss an sich berechtigt, Bernhard, weil es irgendwie nicht vorwärtsgeht. Aber die Lösung liegt nicht in einer Teilzeitstelle und auch nicht in einer Kommission. Sondern sie liegt darin, dass sich die Führung fragt: Wo können wir Prozesse optimieren und wo vielleicht eben auch nicht? Es gibt manchmal Zusatzaufwand, wenn man zu viel digitalisiert. Es gibt manchmal gescheiterte Schnittstellen, die man zur Kontrolle des Flusses aufrechterhält. Aber, wie gesagt: Lösen wir das nicht mit einer Kommission und noch viel weniger mit einer Teilzeitstelle.

Stephan Lack (GR) verzichtet auf ein Schlusswort.

Bernhard Häuselmann (forum): Ich finde diese Diskussion super. Sie zeigt auf, dass man in der Klausur, die Ihr habt, vielleicht etwas weniger in Smart City und etwas mehr in die Organisation und den Aufbau investiert, wie man die digitale Transformation findet und sie dann auch realisiert. Von dem her bin ich heute Abend ergebnisoffen. Das Thema wird uns so oder so nicht loslassen. Sondern wir werden eher noch tiefer hineinflinden müssen. Meine Herzensangelegenheit ist gleich wie die der anderen Redner: Dass wir das machen und dass wir einmal damit beginnen, das zu tun.

Kein Rückkommen.

Beschluss (6 Ja / 31 Nein / 2 Enthaltungen)

Das Postulat forum «Einsetzung einer Digitalkommission» wird nicht überwiesen.

10. Interpellation forum: Einstiegsstellen für Aare-Schwimmer

Gabriele Siegenthaler Muinde (GR) verzichtet auf das Wort.

Walter Thut (forum): Wir haben schon gewusst, dass wir die Gemeinde mit der Formulierung des Anliegens in Verlegenheit bringen könnten. Denn übergeordnetes Recht gibt Muri wenig Handlungsspielraum. Aber aufgrund von Bemerkungen aus dem Kreis der Aareschwimmerinnen und Aareschwimmer und von 25 Mitunterzeichnern – insgesamt waren wir also 27 – fanden wir doch, es sei Wert, dass wir die Aare und die Aareufer thematisieren. Wir attestieren der Gemeinde den guten Willen, dass das Aareschwimmen im Abschnitt zwischen Muribad und Auguetbrücke weiterhin möglich ist. Aber wir lesen in der Antwort auch, dass sie im Grunde nichts

für die Sicherung und Erhaltung dieser Uferpartie tun kann. Dort haben nämlich Naturkräfte das Sagen und nicht der Mensch. Das ist jedenfalls zu hören. Aber das hätten wir eigentlich lieber nicht gehört, sondern auch anderes, positiveres, eine Antwort, die uns mehr befriedigt hätte. Wir danken der Gemeinde aber gleichwohl für die Antwort und für das weitere Engagement, damit der Erholungsraum Aareufer in unserer Gemeinde ein wirklich schöner Ort bleibt.

Die Vorsitzende: Wird vom Rat die Diskussion verlangt? Dazu ist ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder notwendig. – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Von der Stellungnahme des GR zur «Interpellation forum: Einstiegsstellen für Aare-Schwimmer» wird Kenntnis genommen.

11. Einfache Anfrage SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Altersfragen

Martin Häusermann (GR): Ich möchte die Fragen zur Fachstelle für Altersfragen wie folgt beantworten: Patrizia Pennella, die bisherige Leiterin, hat sich nach zirka fünf Jahren entschieden, eine neue berufliche Herausforderung anzupacken. Sie hat in den letzten Jahren die Fachstelle erfolgreich aufgebaut und ihr ein Gesicht geben können. Die Fachstelle ist inzwischen etabliert, und sie hat die in sie gesteckten Ziele und Erwartungen erfüllt. Die Resonanzen der Institutionen und der Bevölkerung sind gut. Die organisierten Anlässe werden gut besucht. So konnten zum Beispiel am Sonntag, den 1. Oktober, zum internationalen Tag des älteren Menschen über 70 Teilnehmende begrüsst werden.

Die Fachstelle für Altersfragen ist bekanntlich externalisiert. Leistungserbringerin ist das Alterszentrum Alenia. Alenia obliegt also auch die personelle Besetzung der Fachstelle. Es trifft zu, dass die anfänglich nachrekrutierte Person das Arbeitsverhältnis in der Probezeit aufgelöst hat. Nach einer erneuten Ausschreibung konnte die Stelle mit Karin Clemann aber rasch wieder besetzt werden. Sie hat bereits im September ihre Arbeit aufgenommen und wird ab kommendem Monat, also ab November, das volle Pensum erbringen können. Dank der Flexibilität der bisherigen Stelleninhaberin konnte diese Zeit während der Nachrekrutierung ohne Leistungseinbusse überbrückt werden.

Die Basis für die Fachstelle für Altersfragen bildet die Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde, in der die Rechten und Pflichten festgehalten sind. Sie wurde übrigens hier im Rat verabschiedet, so wie auch das Altersleitbild mit dem zugehörigen Massnahmenplan. Wie überall sonst auch, verfügt die Stelleninhaberin natürlich auch hier über einen Stellenbeschrieb. Das in unserer Gemeinde gewählte Modell der Externalisierung der Fachstelle hat sich aus Sicht des GR bewährt, ebenso der Standort in der Bibliothek, der auf neutralem Boden ist. Die Zusammenarbeit sowohl mit der Gemeinde wie auch mit den anderen Playern im Altersbereich funktioniert gut. Es finden regelmässige Austausche statt. Anlässe werden auch gemeinsam organisiert, so zum Beispiel der erwähnte Tag der älteren Menschen zusammen mit der Kirchgemeinde und mit Fachpersonen.

Von der mündlichen Information des GR zur «Einfachen Anfrage SVP-Fraktion betreffend Fachstelle für Altersfragen» wird Kenntnis genommen.

12. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Carole Klopstein (GR): Wie Ihr alle wisst, hat in den vergangenen Wochen der Umzug der Gemeindeverwaltung stattgefunden. Ab dem 3. November wird das Gemeindehaus eine Baustelle und nicht mehr zugänglich für die Öffentlichkeit sein. Zusammen mit der Fachstelle Umwelt und Verkehr haben wir etwas für die Bevölkerung unserer Gemeinde vorbereitet, und zwar laden wir die Bevölkerung der Gemeinde heute in einer Woche, am 31. Oktober, von 16 bis 18 Uhr, ein, noch etwas aus dem Gemeindehaus mitzunehmen, wenn sie denn etwas finden, das sie zuhause brauchen können. Das ist im Sinn der Kreislaufwirtschaft. Aber vielleicht auch, um ein emotionales Andenken an diesen wunderschönen Bau zu haben, wie er bis jetzt bestanden hat. Ihr seid natürlich alle herzlich eingeladen hinzugehen, Euch umzuschauen. Vielleicht kann man den einen oder anderen Aschenbecher noch brauchen oder das eine oder andere Brett. Wir freuen uns auf jeden Fall über ein reges Kommen heute in einer Woche. Das wird am Donnerstag auch noch in den Lokal-Nachrichten publiziert. Merci vielmals.

Martin Häusermann (GR): Ich muss einspringen und möchte etwas zur Kollektivunterkunft Tannental mitteilen. Ihr verfolgt sicher ebenfalls die Presse. Die Situation bei den Flüchtlingsströmen in der Schweiz beschäftigt auch unsere Gemeinde. In den Medien könnt Ihr vermehrt lesen, dass die Schweiz beziehungsweise auch der Kanton Bern mit Hochdruck zusätzliche Unterkünfte suchen und die Gemeinden dabei auch um Unterstützung bittet. Wir wurden von der Regierungsstatthalterin kontaktiert und gefragt, ob unsere Gemeinde Hand bieten könne. Seit vielen Jahren haben wir die Kollektivunterkunft Tannental. Wie Ihr wahrscheinlich wisst, hat es dazu im Baureglement eine Soll-Bestimmung, wonach maximal 60 Personen darin untergebracht werden sollten. Dieser Passus ist mittlerweile 30jährig. Man hat in den letzten Jahren versucht, diese Bestimmung bestmöglich einzuhalten, musste das zwischenzeitlich aber ein wenig anritzen. Der GR hat bereits beschlossen, dass man diesen Artikel in einer nächsten Teilrevision der Nutzungsplanung anpassen und dann einer Volksabstimmung zuführen möchte. Sie kann aber voraussichtlich erst im Jahr 2025 stattfinden. Weil der Kanton im Moment wirklich unter Druck ist, genügend Plätze anzubieten, hat der GR beschlossen, die Unterbringungs-kapazitäten im Tannental per 1. Januar 2024 auf bis zu 100 Plätze zu erhöhen. Dieser Entscheid ist allerdings auf zwei Jahre befristet. Damit nutzt der GR seinen Handlungsspielraum und weicht während einer befristeten Zeit von der Soll-Bestimmung im Baureglement ab. So können wir auch einen Beitrag in dieser ausserordentlichen Situation mit den Flüchtlingen leisten. Über eine definitive Einführung wird das Stimmvolk also später bestimmen können. Selbstverständlich haben wir auch mit dem Quartierleist Halden-Eichholz das Gespräch gesucht und hatten Kontakt mit ihm. Wir stiessen grundsätzlich auf Verständnis. Die Heilsarmee wird den Betrieb durch mehr Personal sicherstellen. Die Betreuungszeiten werden ausgedehnt, sobald mehr Leute drin sind. Der GR ist sich bewusst, dass die Erhöhung der Anzahl auch einen Einfluss auf die Schulkinder haben kann. Die Schulen werden gefordert sein, sollten mehr Kinder eintreffen. Es gibt verschiedene Herausforderungen im schulischen Bereich. Bereits jetzt sind die Aufgaben und Anforderungen an die Lehrerschaft wegen den Sprachkenntnissen der Kinder, die unterrichtet werden, anspruchsvoll. Es gibt einen Fachkräftemangel. Wir haben nicht zu viel Schulraum, sondern zu wenig. Das sind alles Herausforderungen, die wir lösen müssen, wenn wirklich zusätzliche Kinder kommen. Das kann jedoch bewältigt werden. Wir werden diese Nachricht in den übernächsten Lokal-Nachrichten publizieren. Ihr hättet grundsätzlich heute Abend noch die Möglichkeit, den GR von diesem Vorhaben abzuhalten. Aber ich glaube, das wird nicht der Fall sein. Ich denke, wir müssen als Gesellschaft einen Beitrag leisten und Hand bieten.

Von den Informationen des GR wird Kenntnis genommen.

13. Neue parlamentarische Vorstösse

Dringliches Postulat Eugster (FDP), Fankhauser (SP) und Koelbing (forum): «Nach dem Terrorangriff auf Israel: Wie schützt Muri-Gümligen seine jüdische Bevölkerung präventiv vor Aggressionen?»

Der Gemeinderat wird beauftragt, zu prüfen,

1. wie er gedenkt, nach dem grössten Massaker an Juden seit der Shoah den jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern von Muri-Gümligen gegenüber seine Solidarität zu bekunden;
2. ob er gedenkt, öffentlich unmissverständliche Zeichen der Verurteilung dieser auch auf uns alle zielenden Gewalt zu setzen (mittels Symbolen, Deklarationen, Aktionen);
3. welche anderen konkreten und symbolischen Massnahmen er treffen sollte, damit sich die jüdischen sowie die gemässigten arabischstämmigen oder muslimischen Einwohnerinnen und Einwohner von Muri-Gümligen – insbesondere die Schülerinnen und Schüler – sicher und wohl fühlen und sich nicht verstecken müssen.

Begründung des Inhalts:

Nach dem Angriff der Hamas auf Israel, der darauf zielte, ein Maximum an Juden umzubringen oder als Geiseln zu nehmen, und der seit der Shoah das grösste Massaker an Juden darstellt, steht Israel im Krieg. Dieser Angriff bildet eine weitere schreckliche Eskalation in der langen Geschichte des Nahostkonflikts. Auf Grund der gemeinsamen jüdisch-christlichen Kultur, der tiefen historischen Verschränkung und Israels Zugehörigkeit zur westlichen, freien Welt zielt dieser Angriff auf die gesamte westliche, freie Welt – also auch auf uns.

Trotz dieser eigentlich klaren Ausgangslage haben etliche Menschen in der westlichen, freien Welt Mühe, sich zu einer klaren Verurteilung der Geschehnisse durchzuringen und Israel in seiner Notwehrsituation zuzugestehen, seinen Selbstverteidigungskrieg mit allen dafür notwendigen Mitteln zu führen – selbstverständlich unter Einhaltung des humanitären Völkerrechts, welches in allen internationalen und nicht-internationalen bewaffneten Konflikten universell anwendbar ist.

Diese Menschen blenden aus, dass die Hamas keine Befreiungsbewegung ist, sondern die Regierung in Gaza darstellt, welche ihre 2,2 Mio Einwohner als Geiseln und Schutzschilder hält, das humanitäre Völkerrecht krass verletzt und ausser der Vernichtung Israels und der Juden sowie kein nennenswertes politisches Programm hat.

In der westlichen, freien Welt birgt dieses Nichtverurteilen und Relativieren, gepaart mit grassierenden ideologischen, rassistischen oder islamistischen Tendenzen, das Risiko, gegenüber unseren jüdischen Einwohnerinnen und Einwohnern (d. h. Bürgerinnen und Bürger israelitischer Glaubens oder Einwohnerinnen und Einwohner israelischer Staatsangehörigkeit) eine latent aggressive Stimmung zu schaffen. Diese latent aggressive Stimmung kann dann rasch in Gewalttaten ausarten, wie es die Geschichte leider mannigfach gezeigt hat. Diese Gewalttaten können sich auch gegen gemässigte arabischstämmige Einwohnerinnen und Einwohner oder gemässigte Einwohnerinnen und Einwohner islamischen Glaubens richten, weil sie von den Fundamentalisten als «Verräter» wahrgenommen werden. Eine solche Entwicklung müssen wir in unserem Wirkungsbereich verhindern.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Lage im Nahen Osten und in unseren Nachbarländern entwickelt sich rasch und beeinflusst die Stimmung in Muri-Gümligen zeitverzugslos.

Muri-Gümligen, 24.10. 2023 Simon Eugster, Suzanne Fankhauser, Martin Koelbing

K. Schnyder, G. Grossen, B. Gantner, H. Beck, W. Thut, Ch. Lucas, B. Häuselmann, K. Jordi, A. Zaccaria, F. Grossenbacher, H. Gashi, D. Arn, M. Gubler, B. Legler, E. Zloczower, R. Lütolf, R. Lauper, A. von Gunten, U. Grütter, B. Schmitter, R. Buff, L. Held, J. Schenk, L. Bircher, K. Künti, R. Mäder (29)

Die Vorsitzende: Ihr habt es gehört, es ist ein dringliches Postulat. Ich schlage vor, dass Simon Eugster als Erstunterzeichner ein paar Worte dazu und vor allem erst einmal zur Dringlichkeit sagt.

Simon Eugster (FDP): Das mache ich gerne. Unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger brauchen jetzt ein Zeichen und nicht erst in einem oder in vier Monaten. Die Lage im Nahen Osten und auch in unseren Nachbarländern ist so volatil, dass es die Stimmung hier zeitverzugslos beeinflusst. Deshalb sehe ich die Dringlichkeit. Merci.

Die Vorsitzende: Gibt es weitere Voten zur Dringlichkeit? Möchtest du dich für den GR dazu äussern, Stephan Lack?

Stephan Lack (GR): Nein, der Rat kann das entscheiden.

Die Vorsitzende: Gibt es Voten aus der Mitte des Rats zur Dringlichkeit? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Wir befinden über die Dringlichkeit.

Beschluss (36 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen)

Das Postulat Eugster (FDP), Fankhauser (SP) und Koelbing (forum): «Nach dem Terrorangriff auf Israel: Wie schützt Muri-Gümligen seine jüdische Bevölkerung präventiv vor Aggressionen?» wird dringlich erklärt.

Die Vorsitzende: Nun kommen wir zum Inhalt des Postulats. Möchtest du noch einmal das Wort, Simon?

Simon Eugster (FDP): Wir glauben, dass man allgemein Mühe hat sich vorzustellen, wie fragil die jüdische Gemeinde und die jüdische Gemeinschaft in unserer Mitte jetzt gerade ist. Was in den letzten Wochen in unseren Nachbarländern abging, darf hier nicht passieren. Es darf nicht sein, dass auf das Massaker vom 7. Oktober so reagiert wird, als wäre die Hamas eine Befreiungsbewegung, ein judenfreies Palästina ein legitimes Ziel und Israel der alleinige Aggressor. Am 7. Oktober wurden in Israel Menschen einfach abgeschlachtet, nur, weil sie Juden waren oder als Juden angesehen wurden. Wir erachten jedes Schweigen zu diesen Ereignissen als dröhnend und jedes Relativieren als gefährlich für die Sicherheit der israelischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Merci.

Die Vorsitzende: Gibt es weitere Wortmeldungen aus dem Parlament? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Gibt es Wortmeldungen des GR?

Stephan Lack (GR): Nur kurz. Das Postulat kam erst vor kurzem rein. Merci den Postulanten. Selbstverständlich bin ich persönlich von der Situation auch sehr betroffen, kann die Situation aber sicher nicht so «gspürig» schildern, wie unserer Ratsvorsitzende es bereits gemacht hat. Für den GR steht natürlich ausser Frage, dass es in unserer Gemeinde, wenn wir von unserer Gemeinde sprechen wollen, überhaupt keinen Platz für irgendwelche Form von Antisemitismus, Rassismus oder sonst irgendwelchen Diskriminierungen von Personen aufgrund ihres Glaubens, ihrer Ethnie oder Religion gibt. Das ist wohl vor allem Punkt 3 des Postulats. Hier wird unsere Gemeinde gefordert sein, alle Anfänge bereits im Keim zu ersticken. Persönlich bin ich auch der Meinung, dass wohl vor allem wieder unsere Kinder und dann wohl wieder die Zusammenarbeit mit unseren Schulen gefragt ist, damit wir das eben verhindern können. In diesem Sinn nimmt der GR, wenn Ihr das so beschliesst, das Postulat sicher entsprechend entgegen. Merci.

Christa Grubwinkler (GR): Ich kann kurz darüber informieren, dass ich als Ressortleiterin Bildung natürlich auch mit diesem Thema konfrontiert wurde, dass es Eltern gibt, die sich Sorgen um ihre Kinder mit jüdischem Glauben machen. Dafür habe ich selbstverständlich auch Verständnis. Ich ging sofort nach dem Erhalt dieser Informationen auf unsere Schulleitungen zu und habe das Thema mit unserem Abteilungsleiter Bildung aufgenommen. Erfreulich war, dass unsere Schulleitungen selbst schon reagiert hatten, indem sie auf den Pausenplätzen die Pausenaufsicht verstärkt haben, damit sich ein Kind, wenn es sich unwohl fühlt, wenigstens schnell Hilfe suchen kann. Sie können so auch die Situation beobachten, wie die Stimmung ist. Wir bleiben selbstverständlich dran, haben uns aber im Moment eigentlich noch dagegen entschieden, das Thema in den Schulklassen proaktiv anzusprechen. Denn wir haben leider auch die Erfahrung gemacht, dass die Kinder in den letzten Jahren mit Corona und mit der Ukraine sehr viel tragen mussten. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir im Moment auf eine proaktive Kommunikation in den Schulklassen verzichten. Aber das heisst nicht, dass wir es nicht aufnehmen werden, wenn es nötig ist. Dies zu Eurer Information. Merci.

Die Vorsitzende: Wir kommen zu den weiteren Wortmeldungen.

Fraktionserklärungen

Hilmi Gashi (Grüne): Ich danke Simon für das Postulat und für die Diskussion. Es gibt uns eigentlich auch Möglichkeiten, über die Verantwortung von uns als Gemeinde oder als Gesellschaft ein wenig zu diskutieren. Ich bin auch sehr froh, dass Stephan Lack gesagt hat, dass bei uns in der Gemeinde Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung keinen Platz haben. Ich bin auch froh, dass unsere Gemeinde immer wieder die Rassismuswochen der Stadt Bern (recte: Aktionswochen der Stadt Bern gegen Rassismus) mitorganisiert und ein Zeichen gegen Rassismus setzt. Ich bin selbstverständlich von dem, was passiert, sehr betroffen. Wir müssen aber nicht nur heute, sondern wir müssen uns immer gegen solche Antisemitismen, gegen Rassismus, gegen Diskriminierung einsetzen. Ich bin in der eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, und mein jüdischer Kollege in der Kommission berichtet immer wieder, dass der Antisemitismus nicht erst seit den Angriffen der Hamas Realität in der Schweiz ist, sondern eine täglich erlebte Realität der Jüdinnen und Juden. Wir erinnern uns an die unsägliche Diskussion, die es im Graubünden wegen den orthodoxen Juden gab, wo man diese nicht mehr will. Sogar der Kurdirektor hat gesagt, die sind ein Problem. Es ist eigentlich eine gesellschaftliche Aufgabe, tagtäglich gegen den Antisemitismus einzustehen. Ein zweites Problem, das ich sehe, war heute in den Nachrichten: Auf Tiktok, das die heutige Jugend sehr oft nutzt, werden extrem viele Gewaltbilder herumgereicht. Ich denke schon, als Gesellschaft und als Schule sollte man ein Auge darauf haben.

Ich wäre froh, Christa, wenn die Schulen auch diese Bilder einordnen. Denn sie sind für die Kinder verstörend. Sie verstärken aber auch entweder die Ohnmacht oder die Aggressionen. Ich wäre sehr froh, wenn man da genauer hinschauen würde. Und ja, wir müssen als Gesellschaft hin stehen und jeden Tag, nicht nur heute und nicht nur seit dem 7. Oktober, diesen Antisemitismus und alle Formen von Diskriminierung oder Herabsetzung der Würde von Menschen bekämpfen. Denn wir sind alle mit einer Würde auf die Welt gekommen, und wir müssen auch in Würde leben können. Vielen Dank, Simon, es ist ein sehr wichtiger Vorstoss.

K. Urs Grütter (SVP): Wir scheinen dieses Problem fast ein wenig auf die Schulen abzuwälzen. Das finde ich nicht richtig. Ruhe, Ordnung und Sicherheit sind ein Thema, das nicht nur die Schulen angeht. Ich möchte auf drei Zahlen hinweisen. Es sind vielleicht nicht gleich die aktuellen Budgetzahlen, aber die Grössenordnung stimmt. Wir kaufen bei der Kantonspolizei Leistungen für knapp CHF 400'000 ein. Wir beleuchten oder haben noch, als wir den Strom noch eingekauft haben, für knapp CHF 200'000 beleuchtet. Und wir werfen jetzt ja neuerdings eine halbe «Kiste» pro Jahr in einen Fonds für irgendwelche Klimaschutzprojekte, wenn wir auch noch irgendetwas, irgendwelche Leute zu schützen haben. Nein. Wir können ganz konkret werden und sagen: Jetzt kaufen wir für weiter CHF 40'000–80'000 Streifen ein. Es geht darum, dass man durch erhöhte Polizeipräsenz Gewalt gegen Personen und Sachen, insbesondere eben gegen jüdische Mitbewohner und Mitbürger, im Keim erstickt. Das ist natürlich nicht ganz einfach. Denn verhinderte Gewalttaten erscheinen in keiner Statistik. Aber eine erhöhte Polizeipräsenz bringt wahrscheinlich mehr für die Sicherheit und für die Lebensqualität hier in unserer Gemeinde als das Äufnen eines Klimafonds mit einer halben Million. Wir können auch mit CHF 400'000 äufnen, dann können wir reichlich Polizeipräsenz einkaufen. Ich möchte doch sagen, was mir an der Diskussion hier nicht gepasst hat, ist, dass man sagt: Das geht alles Christa an, sie schaut dann schon mit der Schule. Es geht nicht nur um die Schule. Merci.

Vanessa Legler (SP): Ein Punkt, der meiner Meinung nach ziemlich vernachlässigt wurde, ist der eigene Einfluss, den wir haben. Ich habe das als Schulsozialarbeiterin beim Thema geimpft/ungeimpft, beim Thema Russland versus Ukraine gesehen. Die Haltungen, die unsere Kinder von zuhause her mittragen, das, was sie vorgelebt bekommen, beeinflusst den Schulalltag und allgemein den Alltag von uns allen enorm. Also dürfen wir unsere eigene Haltung, unsere eigene Verantwortung gegenüber diesem Thema nicht vernachlässigen. Das bringt aus meiner Sicht einiges mehr als erhöhte Sicherheitspräsenz oder was auch immer – einfach uns selbst an der eigenen Nase nehmen und Verantwortung für die ganze Gesellschaft übernehmen. Merci.

Kein Rückkommen.

Beschluss (37 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Überweisung des dinglichen Postulats Eugster (FDP), Fankhauser (SP) und Koelbing (forum): «Nach dem Terrorangriff auf Israel: Wie schützt Muri-Gümligen seine jüdische Bevölkerung präventiv vor Aggressionen?».

Mitteilungen

Die Vorsitzende: Der heutige Umtrunk wurde von der SP organisiert. Nächstes Mal ist die SVP an der Reihe, und dann wird Laura das für mich managen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch der Verwaltung, denen, die noch nicht gezügelt sind, die besten Wünsche für die anstehenden Umzüge mitgeben. Auch die Farmerriegel, die wir heute nicht aufgegessen haben, seien Euch zur Stärkung mitgegeben. Ich bitte Euch, die gehaltenen Voten zeitnah der Gemeindeschreiberin zuzustellen. Damit schliesse ich die Sitzung.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Die Präsidentin: Die Protokollführerin:

Karin Künti

Corinne Schweizer